

DIE *Mit*ARBEIT

**MONATSHEFTE DER
AKTION EVANGELISCHER ARBEITER**

AUS DEM INHALT:

Paul Schlingensiepen:

Zivilcourage und Brüderlichkeit

Elisabeth Schwartzhaupt:

Gleiches Recht für Mann und Frau?

Karl Guse:

Arbeits- und Sozialrecht in Brasilien

Robert Scholl:

Menschen, die heute gebraucht werden

5. HEFT AUGUST 1952 1. JAHRGANG EINZELPREIS 35 PF.

INHALTSVERZEICHNIS

Grundsätzliche Artikel

Paul Schlingensiepen: Zivilcourage und Brüderlichkeit	Seite 1
Elisabeth Schwartzhaupt: Gleiches Recht für Mann und Frau?	Seite 4

Der Lehrbrief

Christian Klipstein: Wie funktioniert die Wirtschaft?	Seite 11
Lambert Dalbert: Achtung, wichtige Termine! Fristablauf bei Versorgungsansprüchen	Seite 13
Karl Guse: Arbeits- und Sozialrecht in Brasilien	Seite 14

Zeit und Ewigkeit

Thomas von Kempen: Worte über den Frieden	Seite 16
---	----------

Der Mensch im Alltag

Robert Scholl: Menschen, die heute gebraucht werden	Seite 18
Robert Scholl: Solche Menschen gibt es noch!	Seite 20

Die Anschlagtafel	Seite 20
-----------------------------	----------

Berichte

Zur Tätigkeit der Evangelischen Akademie Bad Boll unter der württembergischen Arbeiterschaft	Seite 22
Gesamtverband Evangelischer Arbeitervereine wieder gegründet	Seite 23
Aufschlußreiche Jahreskonferenz der IAO	Seite 24

Informationen

aus Gesellschaft und Wirtschaft	Seite 26
aus der Kirche	Seite 27
aus der Aktion evangelischer Arbeiter	Seite 28
Arbeiterwerk	Seite 28
Arbeitervereine	Seite 29
Jugendarbeit	Seite 30
Akademien	Seite 31

Zwiesprache	Seite 32
-----------------------	----------

DIE *Mit*ARBEIT

MONATSHEFTE DER
AKTION EVANGELISCHER ARBEITER

Jahrgang 1

Nr. 5

Zivilcourage und Brüderlichkeit

Der Vorsitzende des Vorstandes eines bedeutenden deutschen Unternehmens hat an die Mitarbeiter seines Werkes einen Aufruf gerichtet, in dem es heißt: „Alle Vorgesetzten rufe ich heute auf: Schafft an unseren Verhandlungstischen ein Klima, in dem der freie, demokratische Geist eine Heimstätte hat. Gebt Gedankenfreiheit für alle verantwortungsbewußten und gutwilligen Mitarbeiter! Mahnt euch selbst immer wieder neu, euch freizuhalten von der undemokratischen Neigung, nicht genehme Ansichten von Untergebenen übel zu vermerken. Allen Untergebenen rufe ich zu: Habt Zivilcourage! Laßt euch nicht einschüchtern, wenn ihr ein wirkliches Anliegen auf dem Herzen habt, und habt das Vertrauen, daß offene und klare Meinungsäußerungen niemandem verargt werden. Was ich von meiner Seite dazu tun kann, um eine schützende Hand über die aufrechten Mitarbeiter mit Zivilcourage zu halten, das soll geschehen!“

Dieser Aufruf rührt an ein Problem, das seit Menschengedenken das Leben der Menschheit überschattet und dem viele bekannte und unbekannte Kämpfer für Wahrheit und Gerechtigkeit ihren Preis gezahlt haben. Die aus dem ungleichen Verhältnis zwischen Starken und Schwachen, Gesicherten und Schutzlosen erwachsene Not ist eine Not der Menschheit schlechthin, die wie ein roter Faden die Arbeits- und Lebensgemeinschaften in allen Völkern durchzieht und riesengroß zwischen den Nationen steht. Immer wieder versuchen Einzelne und Gemeinschaften, religiöse wie humanitäre, des Problems Herr zu werden, damit an seiner Stelle ein brüderliches Miteinander einkehre, das Spannungen und Gegensätze allein durch Gerechtigkeit und Liebe löst. Im vergangenen Jahr machte der evangelische Kirchentag den überstarken Ruf nach Brüderlichkeit zu seinem Anliegen, und in diesem Jahr ist es die „Woche der Brüderlichkeit“, die ihn an unser Volk und die anderen Nationen wiederholte.

In den Wirren unserer Zeit wollen wir die immer erneute Mahnung zur Brüderlichkeit dankbar begrüßen. Der Appell zu ihrer Verwirklichung ergeht an alle — Starke und Schwache —, vornehmlich aber an die Starken, die durch Egoismus und Selbstherrlichkeit die Ursachen für

INHALTSVERZEICHNIS

Grundsätzliche Artikel

Paul Schlingensiefen: Zivilcourage und Brüderlichkeit	Seite 1
Elisabeth Schwartzhaupt: Gleiches Recht für Mann und Frau?	Seite 4

Der Lehrbrief

Christian Klipstein: Wie funktioniert die Wirtschaft?	Seite 11
Lambert Dalbert: Achtung, wichtige Termine! Fristablauf bei Versorgungsansprüchen	Seite 13
Karl Guse: Arbeits- und Sozialrecht in Brasilien	Seite 14

Zeit und Ewigkeit

Thomas von Kempen: Worte über den Frieden	Seite 16
---	----------

Der Mensch im Alltag

Robert Scholl: Menschen, die heute gebraucht werden	Seite 18
Robert Scholl: Solche Menschen gibt es noch!	Seite 20

Die Anschlagtafel	Seite 20
-----------------------------	----------

Berichte

Zur Tätigkeit der Evangelischen Akademie Bad Boll unter der württembergischen Arbeiterschaft	Seite 22
Gesamtverband Evangelischer Arbeitervereine wieder gegründet	Seite 23
Aufschlußreiche Jahreskonferenz der IAO	Seite 24

Informationen

aus Gesellschaft und Wirtschaft	Seite 26
aus der Kirche	Seite 27
aus der Aktion evangelischer Arbeiter	Seite 28
Arbeiterwerk	Seite 28
Arbeitervereine	Seite 29
Jugendarbeit	Seite 30
Akademien	Seite 31

Zwiesprache	Seite 32
-----------------------	----------

DIE *Mit*ARBEIT

MONATSHEFTE DER
AKTION EVANGELISCHER ARBEITER

Jahrgang 1

Nr. 5

Zivilcourage und Brüderlichkeit

Der Vorsitzende des Vorstandes eines bedeutenden deutschen Unternehmens hat an die Mitarbeiter seines Werkes einen Aufruf gerichtet, in dem es heißt: „Alle Vorgesetzten rufe ich heute auf: Schafft an unseren Verhandlungstischen ein Klima, in dem der freie, demokratische Geist eine Heimstätte hat. Gebt Gedankenfreiheit für alle verantwortungsbewußten und gutwilligen Mitarbeiter! Mahnt euch selbst immer wieder neu, euch freizuhalten von der undemokratischen Neigung, nicht genehme Ansichten von Untergebenen übel zu vermerken. Allen Untergebenen rufe ich zu: Habt Zivilcourage! Laßt euch nicht einschüchtern, wenn ihr ein wirkliches Anliegen auf dem Herzen habt, und habt das Vertrauen, daß offene und klare Meinungsäußerungen niemandem verargt werden. Was ich von meiner Seite dazu tun kann, um eine schützende Hand über die aufrechten Mitarbeiter mit Zivilcourage zu halten, das soll geschehen!“

Dieser Aufruf rührt an ein Problem, das seit Menschengedenken das Leben der Menschheit überschattet und dem viele bekannte und unbekannte Kämpfer für Wahrheit und Gerechtigkeit ihren Preis gezahlt haben. Die aus dem ungleichen Verhältnis zwischen Starken und Schwachen, Gesicherten und Schutzlosen erwachsene Not ist eine Not der Menschheit schlechthin, die wie ein roter Faden die Arbeits- und Lebensgemeinschaften in allen Völkern durchzieht und riesengroß zwischen den Nationen steht. Immer wieder versuchen Einzelne und Gemeinschaften, religiöse wie humanitäre, des Problems Herr zu werden, damit an seiner Stelle ein brüderliches Miteinander einkehre, das Spannungen und Gegensätze allein durch Gerechtigkeit und Liebe löst. Im vergangenen Jahr machte der evangelische Kirchentag den überstarken Ruf nach Brüderlichkeit zu seinem Anliegen, und in diesem Jahr ist es die „Woche der Brüderlichkeit“, die ihn an unser Volk und die anderen Nationen wiederholte.

In den Wirren unserer Zeit wollen wir die immer erneute Mahnung zur Brüderlichkeit dankbar begrüßen. Der Appell zu ihrer Verwirklichung ergeht an alle — Starke und Schwache —, vornehmlich aber an die Starken, die durch Egoismus und Selbstherrlichkeit die Ursachen für

Ungerechtigkeit und Unbrüderlichkeit geben. Die von allen normalen Menschen ersehnte weltweite Brüderlichkeit kann ja nur dann Platz ergreifen, wenn jeder einzelne im täglichen Leben damit beginnt. Der Weg zur Brüderlichkeit beginnt im Herzen des Menschen — oder er beginnt nirgendwo. Soll im Verhältnis zwischen den Nationen nicht die Macht des Stärkeren triumphieren, dann muß sich vorher jeder einzelne in seinem eigenen Tagesablauf bemühen, Konflikte und Gegensätze nicht durch Macht und Gewalt, sondern durch Verständnis und Bereitschaft zu sachlicher Klärung aufzulösen. Die größte Gefahr erwächst der Brüderlichkeit aus der ungleichen persönlichen Gefährdung der Menschen. Der Beamte ist beispielsweise weniger gefährdet als der Angestellte, und der Unternehmer weniger als sein Arbeiter. Diese ungleiche Gefährdung ist der Todeskeim der Brüderlichkeit. Wo dagegen ein gleiches Risiko die Menschen verbindet, befinden sie sich schon auf dem Wege zu ihr. Der Krieg hat hierzu eine gültige Aussage gemacht. Bomben und Granaten, Minen und Torpedos wirkten geradezu Wunder. Ihr Einfluß machte selbst zuchtlose Vorgesetzte und Menschenschinder versöhnlich und menschlich.

Die gleiche Angst zwingt in der Tat zu menschlichem Anstand. Wo ihr heilsamer Zwang aber fehlt und das Miteinander in seinem Willen zum brüderlichen Verstehen auf die freiwillige Einsicht des einzelnen angewiesen ist, möchte die einseitige Stärke die Brüderlichkeit erdrücken. Einseitige Stärke herrscht überall, wo materielle oder existenzielle Sicherheit und Unsicherheit einander gegenüberstehen. Wo das Verhältnis zwischen Starken und Schwachen nicht mehr von Wahrheit und Liebe bestimmt wird. An ihre Stelle tritt Willkür materieller Macht, die sich auch im Mißbrauch der Befugnis eines Amtes äußert. Hier wird die Ebene der offenen Auseinandersetzung vom jeweils Stärkeren gemieden. „Wäre es ein Kampf Mann gegen Mann, so wollte ich ihn schon fair nennen“, läßt der Dichter von „Der Zauberer Gottes“ den Kirchenrat zum Oberkirchenrat sagen, indem er anklagend fortfährt: „aber was Sie hier treiben, ist ja nur ein Kampf Amt gegen Mann!“ Amt gegen Mann, die Verkörperung der Unbrüderlichkeit. Sie sieht nicht mehr die Wahrheit der Sache, sondern nur noch den eigenen Weg und tritt das Recht des Schwächeren mit Füßen. Aus diesem ungleichen Gegeneinander erwachsen zwangsläufig jene Spannungen, die seit Menschengedenken den Schwachen bedrückten und die um der sozialen Frage willen jene Revolten der Unterdrückten auslösten, die das Recht des Schwachen forderten und bis zum heutigen Tage den Mißbrauch der Macht durch Anwendung gerechter sozialer Maßnahmen überwinden wollten.

Doch die besten sozialen Maßnahmen bleiben wirkungslos, wenn hinter ihnen nicht der Wille zu Wahrheit und Gerechtigkeit steht. Ohne ihn bleibt in allen Bereichen des Lebens Gelegenheit genug, dem Menschen das Leben schwer und den Beruf zur Plage zu machen. An diesem Punkt aber fordert die Brüderlichkeit von uns den mutigen Einsatz

sachlicher Kritik. Ohne dieses Wagnis machen wir uns mitschuldig am Verrat der Brüderlichkeit, die ohne freies Bekenntnis zum Recht mißachtet wird. Wenn wir selbst brüderlich verstehen und handeln, dann erst dürfen wir unbrüderlichem Wesen entgegentreten. Warum aber geschieht das trotz der Einsicht in die Notwendigkeit so selten? Warum fürchten sich die meisten Menschen, erkannte Schäden offen anzuprangern? Kurz: Warum fehlt es so vielen an Zivilcourage, warum sind sie feige? Etwa aus Charakterlosigkeit? Nein, so einfach liegen die Dinge nun doch nicht. Die meisten Menschen haben keinen anderen Wunsch, als schlicht und recht ihren Weg zu gehen, ihren Beruf auszuüben, ihrer Familie zu leben und vielleicht noch ideelle Neigungen zu pflegen. Nach Art und Grad ihres Vermögens ist in der Masse von ihnen nicht zu erwarten, daß sie ihren Lebensstil und ihre kärgliche Sicherheit riskieren. Aber das ist die Gefahr, in die sie geraten sind, wenn es zu Spannungen kommt mit denen, die ihre Herren sind. Im Einstehen für Wahrheit und Recht ziehen die Schwächeren stets den Kürzeren, wenn sie es wagen, sich gegen Unrecht und Lüge aufzulehnen. Durch das ungleiche Risiko kann die Macht jeden zerbrechen, der sich ihr nicht beugt. Und die Schwachen schweigen.

Diese Not geht uns als Christen in der Welt ganz besonders an. Einmal soll dort, wo Christen als Leitende über soziale Belange mitarbeitender Menschen zu entscheiden haben, alles vermieden werden, was berechtigten Widerspruch auslösen kann. Zum anderen sei der Widerspruch als Hilfe zur Ueberbrückung bedrückender Spannungen zu begrüßen. Nicht der ist Verräter an der Ordnung, der um Wahrheit und Recht willen widerspricht, sondern der verrät sie, der Widerspruch herausfordert. Schließlich müssen sich alle Christen in einflußreicher Stellung — Theologen wie „Laien“ — ganz ernsthaft bemühen, jede Unbrüderlichkeit zunächst aus dem Raum der Kirche zu verbannen. Angefangen bei der Verwaltung bis hin zu dem oft sehr fragwürdigen Miteinander von Theologen und „Laien“ ist er ja oft keineswegs frei von unsozialen und unbrüderlichen Spannungen. Mit gutem Grund machen führende und einsichtige Männer unserer Kirche immer wieder Mut, das Wagnis der Zivilcourage einzugehen, und die Pflicht zur Kritik in und an der Kirche wird ein Erfordernis unserer Zeit genannt. Doch wehe denen, die es wagen, dieses Wagnis einzugehen! In vielen Fällen ist der Verlust der Stellung, das Abgeschobenwerden auf ein „totes Gleis“ oder gar Diffamierung und Verleumdung die unausbleibliche Folge. Wer darf deshalb einen Familienvater, der um der genannten Konsequenzen willen schweigt, einen Feigling nennen? Jeder sei seiner Meinung gewiß! Doch das Verständnis für die Schwachen darf den Ruf nach mehr Mut nicht zum Schweigen bringen. Sein Einsatz soll den Starken am Mißbrauch der Macht hindern. Brüderlichkeit ist keine Sache theologischer oder philosophischer Gespräche, sondern

eine Sache der Tat. Ueberall in der Welt, zuerst aber im Raum der Kirche. In ihr könnte die Glaubwürdigkeit des Gotteswortes vor einer nach Brüderlichkeit dürstenden Welt erste Früchte zur Reife bringen.

Noch weniger darf der Ruf zur Brüderlichkeit im Alltag verstummen. Ihr Mangel ist der Schwerpunkt der Not. Wo Zivilcourage notwendig wird, liegt Anlaß zur Kritik vor. Und überall dort mangelt es an echter Brüderlichkeit. Je weiter sie reicht, umso enger ist die Notwendigkeit der Zivilcourage begrenzt. Sie ist immer nur ein Ausweg, auf den wir in der Welt nie werden verzichten können. Aber im Raum der Kirche und dort, wo Christen Leiter und Vorgesetzte sind, sollte sie entbehrlich sein.

In allen menschlichen Beziehungen gilt es, als Gegenüber den Menschen zu sehen und nicht den Repräsentanten einer Gruppe. Ist die Gleichstellung nicht gegeben, so haben wir sie als Christen umso mehr von ihrem inneren Wahrheitswert her anzuerkennen und entsprechend zu handeln. Das sind wir einander schuldig — im Raum der Kirche und im Leben. Weil das aber nicht selbstverständlich ist, sollen mancherlei soziale Sicherungen im Lebensgefüge der menschlichen Gesellschaft den Schwachen vor Willkür schützen. Wahre Brüderlichkeit aber kann auf diese und das Hilfsmittel der Zivilcourage verzichten. Wo jedoch die Macht zur Brüderlichkeit nicht bereit ist, dürfen wir keinen Augenblick zögern, unsere Zivilcourage zu beweisen und der Lüge wie der Scheinheiligkeit mutig und rücksichtslos entgegenzutreten. Das sind wir der Wahrheit Gottes schuldig, die uns in ihren Dienst ruft und unseren letzten Einsatz erwartet.

Paul Schlingensiepen

Gleiches Recht für Mann und Frau!

Artikel 3, Absatz 2 des Bonner Grundgesetzes sagt unter der Ueberschrift „Gleichheit vor dem Gesetz“, daß Männer und Frauen gleichberechtigt sind. Damit kein Zweifel darüber besteht, daß dieser Artikel keine allgemeine Rede sein soll, sondern daß er das geltende Recht bestimmen soll, sagt Artikel 117, daß das der Gleichberechtigung von Mann und Frau entgegenstehende Recht spätestens bis zum 31. 3. 1953 an diesen Grundsatz angepaßt sein muß, andernfalls treten alle Bestimmungen, in denen Männer und Frauen nicht als gleichberechtigt erscheinen, außer kraft.

Aus diesem Grundsatz ergibt sich vor allem die Notwendigkeit, das Familienrecht, in dem Mann und Frau eine sehr verschiedene Stellung haben, nachzuprüfen. Es ist nachzuprüfen, ob die Verschiedenheiten der Bestimmungen auf den natürlichen Verschiedenheiten der Geschlechter beruhen, ohne deshalb ihrem gleichen Rang und ihrem gleichen Anspruch vor dem Gesetz zu widersprechen, oder ob sie mit dem Grundsatz

unvereinbar sind, daß Mann und Frau gleiche Rechte, d. h. gleichen Rang vor dem Gesetz, haben sollen. Das Justizministerium in Bonn hat eine von einer Frau verfaßte Denkschrift herausgegeben, in der die Bestimmungen des Familienrechts, die in irgend einer Weise Unterschiede in der Rechtsstellung von Mann und Frau enthalten, eingehend dargestellt werden und in der Gegenvorschläge gemacht sind. Ich greife aus den vielen Einzelfragen, die die Denkschrift aufwirft, drei Punkte heraus:

1. In dem geltenden Familienrecht hat der Mann während der Ehe das Recht, das von der Frau mitgebrachte Vermögen zu verwalten und zu benutzen. Hat die Frau etwa einen Acker oder ein Haus in die Ehe mitgebracht, so bestimmt der Mann, an wen und zu welchem Preis verpachtet oder vermietet werden soll. Er zieht die Pacht oder die Miete ein und kann darüber verfügen, wie er will. Da er verpflichtet ist, die Familie zu unterhalten, wird er normalerweise verpflichtet sein, das Geld für die Familie zu verwenden. Zunächst aber steht es ihm zu.

Eine weitere Härte zu Ungunsten der Frau enthält das eheliche Güterrecht, da es die Frau an dem während der Ehe durch die Arbeit oder aus einem Geschäft des Mannes erworbenen Vermögen nicht beteiligt. Wenn sie nach langjähriger Ehe geschieden wird, hat sie - selbst wenn sie schuldlos ist, und selbst, wenn sie in dem Geschäft des Mannes mitgearbeitet hat -, zwar einen Unterhaltsanspruch gegen den Mann, aber keinen Anspruch auf die Ersparnisse während der Ehe.

2. Nach § 1354 steht dem Manne die Entscheidung „in allen das gemeinschaftliche eheliche Leben betreffenden Angelegenheiten zu.“ Dieser Rechtssatz entspricht heute nicht mehr den Tatsachen des Lebens. Im allgemeinen kommen die Eheleute ohne viel Worte miteinander überein, daß der Ehegatte einen bestimmten Kreis von Angelegenheiten allein entscheidet und der andere wiederum für einen anderen Bereich maßgebend ist und daß bestimmte wichtigere Dinge von beiden gemeinsam entschieden werden.

3. Der gleiche Grundsatz kommt noch einmal in § 1634 vor, in dem es sich um das Verhältnis von Eltern und Kindern handelt. Der Vater hat die sogenannte elterliche Gewalt, er schließt also zum Beispiel einen Lehrvertrag für die Kinder ab, meldet sie in der Schule an und ähnliches. Die Mutter hat in Angelegenheiten, die die Person des Kindes betreffen, mitzureden, bei Meinungsverschiedenheiten geht aber nach § 1634 die Meinung des Vaters vor.

Die Denkschrift des Justizministerium schlägt zu Punkt 1 vor, daß die Frau ihr eigenes Vermögen auch selbst verwalten darf. Wenn sie dazu nicht in der Lage ist, kann sie dem Manne eine Vollmacht geben. Auf das während der Ehe erworbene Vermögen sollen beide Eheleute gleiches Recht haben.

Ueber die Notwendigkeit dieser beiden Rechtsänderungen sind sich -

Züricher Bibel

Eph. 5, 20: Saget alle Zeit Gott, dem Vater, im Namen unseres Herrn Jesus Christus Dank für alles!

V. 21: Seid einander untertan in der Furcht Christi!

V. 22: Ihr Frauen, euren Männern wie dem Herrn!

V. 23: Denn der Mann ist das Haupt der Frau, wie auch Christus das Haupt der Kirche ist, er, der es als Erlöser seines Leibes ist.

V. 24: Wie nun aber die Kirche Christus untertan ist, so sollen es auch die Frauen ihren Männern in allem sein.

V. 25: Ihr Männer, liebet eure Frauen, wie auch Christus die Kirche geliebt und sich für sie dahin gegeben hat,

V. 26: um sie zu heiligen, nachdem er sie durch das Wasserbad in Verbindung mit dem Wort gereinigt hat,

V. 27: Damit er selbst auf solche Weise die Kirche in herrlicher Gestalt vor sich hinstellte als eine solche, die weder Flecken noch Runzel oder etwas dergleichen hätte, sondern sie soll heilig und untadelig sein.

V. 28: So haben die Männer die Pflicht, ihre Frauen zu lieben, als ihre eigenen Leiber. Wer seine Frau liebt, der liebt sich selbst.

V. 29: Denn niemand hat je sein eigenes Fleisch gehaßt, sondern er nährt und hegt es, wie auch Christus die Kirche;

V. 30: Denn wir sind Glieder seines Leibes, „von seinem Fleische und von seinen Gebeinen“.

V. 31: „Deswegen wird ein Mensch Vater und Mutter verlassen und seinem Weibe anhängen, und die zwei werden ein Leib sein“.

V. 32: Dieses Geheimnis ist groß; ich aber deute es auf Christus und auf die Kirche.

V. 33: Doch auch unter euch soll jeder Einzelne seine Frau so lieben wie sich selbst, die Frau aber soll vor dem Mann Ehrfurcht haben.

Petr. 3, 1: Gleicherweise, ihr Frauen, seid untertan euren Männern, damit auch, wenn etliche dem Wort nicht gehorsam sind, sie durch den Wandel ihrer Frauen ohne Wort gewonnen werden,

V. 2: wenn sie euren Wandel in Scheu und Zucht beobachten!

von Einzelheiten in der Durchführung abgesehen - die an der Diskussion beteiligten Kreise einig.

Anders ist es mit Punkt 2 und 3, also mit den Bestimmungen, die das Uebergewicht des Mannes bei den Entscheidungen innerhalb des Familienlebens angehen. Hier besteht auf der einen Seite die Meinung, daß dieses Uebergewicht des Mannes einem Gleichgewicht zwischen den Ehegatten weichen müsse. Die Denkschrift des Justizministeriums schlägt deshalb vor, daß der Gesetzgeber sagen möge: „in allen das gemeinschaftliche Leben betreffenden Angelegenheiten entscheiden die Ehegatten gemeinsam“. Gegen diese Beseitigung des männlichen Uebergewichts werden Einwendungen erhoben vor allem von seiten der katholischen und der evangelischen Kirche. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hat einen ausführlichen Brief an den Bundesjustizminister gerichtet. Er meint, man könne den § 1354 streichen. Es erhebe sich zwar hier „das Bedenken, daß mit der Streichung eine Rechtsform der Ehe geschaffen würde, die mit dem neutestamentlichen Gebot der Unterordnung der Frau unter den Mann in Spannung stünde“. Dieses Bedenken könnte „noch behoben werden, wenn die Letztentscheidung des Familienvaters in Bezug auf die Erziehung der Kinder gemäß § 1634 auch im neuen Recht vorhanden bliebe“. Wenn man allerdings auch dieses Recht des Vaters streichen wolle, würde „im Recht der letzte Rest der Struktur von Ehe und Familie verschwinden, der in den Ermahnungen des Apostels Paulus“ im Epheser- und Petrusbrief „im Vordergrund steht“. Der Rat meint auch, in der Familie müsse für ein Erziehungsamt der Mutter und für ein anders als dieses gestaltetes Erziehungsamt des Vaters Raum sein. Der Vater sei der Schützer der Familie und müsse deshalb auch die Letztentscheidung haben. Allerdings müsse der Mann stärker als bisher durch das Gesetz gehalten sein, den ernsthaften Versuch zu einer gemeinsamen Entscheidung zu machen. Wenn er diesen Versuch unterläßt, sei bereits ein Mißbrauch seines Entscheidungsrechts gegeben. In diesem Falle, ebenso wie bei anderen Fällen des Mißbrauchs, müsse es der Mutter freistehen, sich an das Vormundschaftsgericht zu wenden.

Die Evangelische Frauenarbeit hat sich gegen diese Stellungnahme, insbesondere gegen diese Begründung gewandt. Sie ist mit dem Rat der EKD zwar einig darin, daß der § 1354 gestrichen werden sollte, daß das Gesetz also nichts über die innere Willensbildung bei gemeinsamen Entscheidungen der Ehegatten sagen sollte. Die Verteilung der Aufgaben und Rechte innerhalb der Ehe ist so persönlich, sie ist auch so verschieden nach den Lebensumständen und Persönlichkeiten, daß man dem Leben Zwang antun würde, wenn man im Gesetz darüber etwas sagen würde. Auch der Vorschlag der Denkschrift des Justizministeriums, daß die Ehegatten immer gemeinsam entscheiden sollen, würde dem Leben Zwang antun.

Aber zu dem dritten Punkt konnte sich die Evangelische Frauenarbeit

mit dem Rat der EKD nicht einig erklären. Die Evangelische Frauenarbeit meint, wenn die Uneinigkeit der Eltern ernstlich zu Lasten des Kindes geht, müsse nicht der Vater, sondern auf Antrag beider Ehegatten oder eines von ihnen das Vormundschaftsgericht entscheiden. Dabei sieht die Frauenarbeit auch, daß beide Regelungen ihre Schwierigkeiten mit sich bringen. Sie erhebt ihre Bedenken deshalb vor allem gegen die Begründung des Rates, der meint, daß die Bibel eine bestimmte Form der Ehe vorschreibe. Die Bibelstellen Eph. 5, 22 und 1. Petrus 3, 1 f., auf die sich der Rat der EKD bezieht, sagen dies nach Meinung der Evangelischen Frauenarbeit nicht aus.

Es darf nicht übersehen werden, daß der Epheserbrief nicht in erster Linie von Mann und Frau, sondern von Kirche und Gemeinde handelt, und daß Paulus auf Mann und Frau nur beispielsweise zu reden kommt, um den Ephesern klar zu machen, wie das richtige einander Untertansein in einer christlichen Gemeinde aussehen soll. Wenn er hier die Ehe als Beispiel anführt, steht ihm naturgemäß die Ehe seiner Zeit vor Augen, in der die Unterordnung der Frau eine Selbstverständlichkeit war. Das Besondere, was Paulus den Ephesern in seinem Brief sagen will, ist nicht das Untertansein der Frau, sondern dies, daß die Menschen einander untertan sein sollen und daß jedes Untertansein unter Christen in Liebe gegeben und angenommen werden soll. In diesem Zusammenhang vergleicht Paulus das Verhältnis der Ehegatten mit dem Verhältnis von Christus zur Gemeinde. Er vergleicht dabei den Mann mit Christus, der in der gleichen Weise das Haupt der Gemeinde ist wie der Mann das Haupt der Frau. Christus ist aber nicht der, der der Gemeinde gegenüber einen Anspruch auf Unterordnung geltend macht, sondern derjenige, der die Gemeinde liebt und der sich für sie hingegeben hat. Die Frauenarbeit meint deshalb, daß man dem Sinn dieser Worte nicht gerecht wird, wenn man das Gebot der Unterordnung der Frau herausgreift und unmittelbar in eine staatliche Rechtsordnung übernimmt, indem man dem Manne einen Rechtsanspruch auf die Unterordnung der Frau gibt. Ähnliche Einwendungen werden auch aus dem Zusammenhang, in dem die Worte von der Unterordnung im Petrusbrief stehen, hergeleitet. So wenig wie aus der Ermahnung des Petrus an die Sklaven, ihrem Herrn untertan zu sein (1. Petrus 2, 18) eine für alle Zeiten gültige Bestätigung der Sklaverei gefordert wird, so wenig kann man ein solches Gebot aus dem Aufruf an die Frauen, entsprechend der damals vorhandenen Ordnung ihren Männern untertan zu sein, herauslesen.

Schließlich erörtert die Frauenarbeit in ihrer Stellungnahme und in einem Begleitbrief an Bischof Dibelius die praktische Frage, ob es zweckmäßig und wünschenswert ist, wenn in dem Falle, in dem die Ehegatten sich nicht einigen, der Vater oder ob besser das Vormundschaftsgericht entscheidet.

Für das Entscheidungsrecht des Vaters spricht, daß der Eingriff einer

Noch schreibt das Bürgerliche Gesetzbuch vor:

§ 1354: 1) Dem Manne steht die Entscheidung in allen das gemeinschaftliche eheliche Leben betreffenden Angelegenheiten zu; er bestimmt insbesondere Wohnort und Wohnung.

2) Die Frau ist nicht verpflichtet, der Entscheidung des Mannes Folge zu leisten, wenn sich die Entscheidung als Mißbrauch seines Rechts darstellt.

§ 1355: Die Frau erhält den Familiennamen des Mannes.

§ 1634: Neben dem Vater hat während der Dauer der Ehe die Mutter das Recht und die Pflicht, für die Person des Kindes zu sorgen; zur Vertretung des Kindes ist sie nicht berechtigt. Bei einer Meinungsverschiedenheit zwischen Eltern geht die Meinung des Vaters vor.

dritten Instanz in eine eheliche Angelegenheit immer bedenklich ist und oft genug die ehelichen Beziehungen noch mehr stört. Es wird auch gesagt, daß beide Eltern den Angelegenheiten der Kinder so viel näherstehen als der beste Vormundschaftsrichter, so daß deshalb die Entscheidung des Vaters in jedem Falle besser sein würde als die des Vormundschaftsrichters. Demgegenüber steht eine Reihe Gegen Gründe. Wenn man dem Vater für den Fall, daß keine Einigung zustandekommt, das Entscheidungsrecht gibt, bedeutet dies für ihn bei allen Verhandlungen, die er mit der Frau führen soll, um sich mit ihr zu einigen, von vornherein ein Uebergewicht. Er weiß von Anfang an, daß er sich nicht einigen muß und daß die Frau letzten Endes nachgeben muß, wenn sie nicht gerade zum Vormundschaftsrichter gehen und ihm den Mißbrauch seines Rechtes vorwerfen will. Es ist auch zu bedenken, daß in allen einigermaßen guten Ehen die Eheleute sich einigen, indem der eine oder andere nachgibt. Ehen, in denen es hier auf die gesetzlichen Bestimmungen ankommt, sind schon schwer gestört. Die Fälle, in denen Anwälte und Gerichte mit dem § 1634 beschäftigt werden, sind ganz überwiegend solche Fälle, in denen ein Scheidungsprozeß bevorsteht oder ein Ehegatte geschieden werden will und der andere der Scheidung widerstrebt. Schließlich wurde in den verschiedenen Diskussionen, die über diese Frage stattgefunden haben, von seiten der Evangelischen Frauenarbeit noch eingewendet, daß auch bei den Vorschlägen des Rates der EKD das Vormundschaftsgericht als allerletzte Instanz nicht entbehrt werden könne. Für den Fall, daß der Vater sein Recht zur Alleinentscheidung mißbraucht, muß auch nach dem Schreiben des Rates der Mutter der Weg an das Vormundschaftsgericht offenstehen. In diesem Falle bedeutet aber die Anrufung des Vormundschaftsgerichts durch die Mutter eine viel tiefere Störung der Ehe als bei der Regelung, die die Evangelische Frauenarbeit vorsieht, denn nach dem Vorschlag des Rates müßte die Mutter mit einem schweren

moralischen Vorwurf gegenüber ihrem Manne an den Vormundschaftsrichter herantreten und den Mißbrauch seines Entscheidungsrechts nicht nur behaupten, sondern durch bestimmte Tatsachen beweisen. Das würde wirklich oft die endgültige Zerrüttung der Ehe bedeuten. Nach dem Vorschlag der Frauenarbeit können Ehegatten, die zu keiner gemeinsamen Meinung über eine wichtige Angelegenheit der Kinder, zum Beispiel der Wahl des Berufes oder der Wahl der Schule kommen, gemeinsam zu dem Vormundschaftsrichter kommen und dessen Entscheidung annehmen. Es kann auch ein Ehegatte die Entscheidung des Vormundschaftsrichters beantragen, ohne dem anderen irgend einen Vorwurf zu machen; die Begründung genügt, daß sie in einer für das Kind entscheidenden Frage nun einmal nicht zu einer gemeinsamen Entscheidung kommen könnten. Sicher ist auch hier das Angehen des Vormundschaftsgerichts eine große Schwierigkeit und wird in vielen Fällen von dem anderen Ehegatten als Verletzung empfunden werden müssen. Der Vormundschaftsrichter wird aber sehr viel mehr Möglichkeit haben, beratend und schlichtend den Eheleuten gegenüberzutreten, als wenn seine Untersuchung sich in erster Linie darauf erstrecken muß, daß die Behauptung, der Mann habe sein Recht mißbraucht, richtig ist.

Etwas ganz anderes als die Regelung der rechtlichen Ansprüche ist die lebensmäßige Regelung des Zusammenlebens der Ehegatten. Hier ist von der Kirche noch Vieles zu sagen. Von Mann und Frau wird in der Ehe ein Verzicht auf Eigenleben und eigene Entwicklung verlangt. Von beiden Seiten wird verlangt, daß sie sich einfügen in eine sehr enge und sehr bindende Gemeinschaft. Ueber diesen Verzicht und über die innere Haltung, in der sie ihn bringen und annehmen sollen, sagen die Worte des Paulus über das Einander-in-Liebe-untertan-sein Vieles aus. Aus ganz schlichten, natürlichen Gründen wird, wie mir scheint, von der Frau verlangt, daß sie sich mehr einfügt, daß sie einen größeren Teil ihres Wesens in die Ehe einbringt als der Mann. Ihr ist zu sagen, daß sie sich dem nicht entziehen darf, dem Mann ist zu sagen, daß er diesen Verzicht nicht beanspruchen, sondern mit Liebe annehmen und entgelten soll, wie es der Apostel Paulus in dem Epheserbrief sagt.

Elisabeth Schwartzhaupt

Das Bonner Grundgesetz bestimmt:

Artikel 3, Absatz 2: Männer und Frauen sind gleichberechtigt.

Absatz 3: Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen und politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.

Artikel 6, Absatz 1: Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.

DER LEHRBRIEF

Wie funktioniert die Wirtschaft? (III.)

Wie der Festpreis wirkt

Jetzt können wir auch verstehen, wie die Festsetzung eines Höchstpreises wirkt. Zunächst die Frage, warum ein Höchstpreis eingeführt wird. Diese Maßnahme zeigt gewöhnlich an, daß die Nachfrage nach dem betreffenden Gut größer ist als das Angebot und daß deshalb bei freier Preisbildung sein Preis sich auf einem Niveau einspielen würde, das aus sozialen oder ähnlichen Motiven als zu hoch beurteilt wird. Der Eingriff erscheint also zunächst als eine Maßnahme zu Gunsten des Verbrauchers. Was geschieht jedoch auf längere Sicht? Für den Produzenten wird der Artikel uninteressant, weil der künstlich tief gehaltene Preis keinen Anreiz für weitere Kapitaleinsetzung in dieser Branche bietet. Er wird sich also nach anderen Produktionsmöglichkeiten umsehen. Das Angebot bleibt einerseits unzureichend, und andererseits vergrößert sich durch den künstlich niedrig gehaltenen Preis die Nachfrage. Das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage wächst, bis schließlich der Druck der Verbraucher so groß ist, daß das Gut bewirtschaftet werden muß. So kann es leicht zu Fehlleitungen in der Investition kommen, wenn dem Preis seine regulierende Funktion genommen wird. Hätte man ihm diese belassen, so wäre durch seine verhältnismäßige und mit entsprechenden Gewinnen verknüpfte Höhe das Angebot vergrößert worden, was wiederum auf den Preis gedrückt hätte. Auf längere Sicht gesehen ist damit dem Verbraucher sowohl in mengenmäßiger als in preislicher Hinsicht am besten gedient, denn es darf nicht übersehen werden, daß durch das Prinzip des allgemeinen Wettbewerbes der Preis dazu neigt, sich immer wieder seinen Herstellungskosten zu nähern und anzupassen.

Die Beschaffenheit des Marktes entscheidet

Die Untersuchungen über die Preisbildung nehmen erklärlicherweise in der Volkswirtschaftslehre einen weiten Raum ein. Ist sie doch in einer Marktwirtschaft die Instanz, die die Güterströme lenkt und aufeinander abstimmt, die Ordnung in die „Anarchie“ der wirtschaftlichen Welt bringt. Selbstverständlich kann in dem kleinen, hier gesetzten Rahmen nicht auf alle Probleme der Preisgestaltung eingegangen werden. Man muß sich klar darüber sein, daß jede Preisbildung ein individueller Vorgang ist, der für sich studiert werden muß. Entscheidend dafür ist die Art des Marktes, auf der er sich bildet. So gibt es „offene Märkte“, an denen ein unbeschränkter oder wenigstens ein sehr großer

Personenkreis teilnehmen darf und „geschlossene Märkte“, auf denen nur eine bestimmte Teilnehmergruppe zugelassen ist. Es kommt darauf an, ob der Markt für den einzelnen Teilnehmer übersichtlich ist, oder ob der Verkäufer durch die Unübersichtlichkeit des Marktes seine Preise ohne viel Risiko einigermaßen willkürlich festsetzen kann. Im letzteren Falle würde das Wettbewerbsprinzip nur teilweise zur Geltung kommen, -sodaß eine wesentliche Voraussetzung für die echte freie Preisbildung fehlte, nämlich die Uebersichtlichkeit des Marktes. Das Studium der Preisbildung ist demnach eng verbunden mit dem Studium der verschiedenen Marktformen. Und zwar muß bei diesen Untersuchungen sowohl die Angebotsseite wie die Nachfrageseite auf ihre Beschaffenheit hin geprüft werden; denn es gibt z. B. Märkte, die einseitig monopolistisch, und andere, die auf beiden Seiten monopolistisch sind. Nicht nur wirtschaftliche Gegebenheiten bestimmen hier den Preis, sondern auch Machtverhältnisse. Ein weiterer Haken in dieser Betrachtung ist die Voraussetzung, daß der freie Preis sofort auf Veränderungen des Angebotes oder der Nachfrage reagiert. Dem ist jedoch nicht immer so, weil viele Anlagegüter unter heutigen Bedingungen häufig nicht oder nur nach einer gewissen Frist auf andere Güterproduktionen umgestellt werden können.

Ueber die verschiedene Elastizität der Märkte.

Wir müssen in diesem Zusammenhang noch auf einen anderen Umstand hinweisen, der bei der Preisbildung von Wichtigkeit ist. Das ist die Tatsache, daß Angebot und Nachfrage auf den einzelnen Märkten in sehr verschiedener Weise auf Preisänderungen reagieren. Bei der Verdoppelung des Preises mag bei dem einen Produkt die Nachfrage auf die Hälfte zurückgehen, während sie sich bei einem anderen nur geringfügig ändert. Im ersteren Falle spricht man von einer großen, im zweiten von einer kleinen Elastizität der Nachfrage. Wenn z. B. die Preise für Automobile steigen, wird sich das anders auf den Umfang der Nachfrage auswirken, als eine Preissteigerung des Brotes. Der Brotpreis müßte schon sehr erheblich in die Höhe gehen, ehe ein Rückgang der Nachfrage spürbar wird. Ganz anders liegen die Verhältnisse in der Automobilindustrie. Hier wird der Markt auf Preisänderungen viel stärker reagieren: Preiserhöhungen üben einen sichtbaren Druck auf die Nachfrage aus, Preissenkungen lassen ihren Umfang größer werden. Die Unelastizität der Nachfrage nach Brot ist ein Ausdruck der großen Dringlichkeit des Bedarfes. Man wird auf vieles andere verzichten, bevor der Brotverbrauch eingeschränkt wird. Was für das Brot gilt, gilt mehr oder weniger für alle landwirtschaftlichen Produkte, wobei zu beachten ist, daß die Märkte der hochwertigen Erzeugnisse, wie der Butter, der Eier und des Fleisches, elastischer zu sein pflegen als die des Getreides und der Kartoffeln. Wir können also den allgemeinen Satz auf-

stellen, daß die Nachfrage nach einem Gut umso elastischer ist, je mehr eintretende Preisverschiebungen sich auf ihren Umfang auswirken. Umgekehrt kann man auch sagen, daß Preisänderungen, die fühlbaren Einfluß auf den Umfang der Nachfrage nehmen, Ausdruck der Elastizität der betreffenden Märkte sind.

Ein klassisches Beispiel für die Unelastizität der Nachfrage und des Angebotes ist der Markt für Christbäume am Tage vor dem Fest. Das Angebot ist unelastisch, weil es durch neuen Baumschlag nicht vermehrt und auch — etwa durch Einlagerung — nicht vermindert werden kann. Die Nachfrage ist ebenfalls unelastisch, weil sich der Bedarf weder durch wesentliche Preiserhöhungen verringern, noch durch Preissenkungen nennenswert steigern wird. Welche Familie würde zwei Bäume kaufen, nur weil sie billig sind! Bei freier Preisgestaltung wird man also kurz vor Weihnachten auf dem Christbaummarkt die Beobachtung machen können, daß die Preise durch ein zu knappes Angebot entweder sehr hoch oder durch ein Ueberangebot — beide Fälle einer unelastischen Nachfrage gegenüber — sehr niedrig sind. Zugegeben: es handelt sich um ein ausgefallenes Beispiel, aber immerhin ein Beispiel aus der Praxis, das uns den Tatbestand einer doppelseitigen Unelastizität von Angebot und Nachfrage sehr deutlich macht. Aus ihm geht auch jene allgemeingültige Gesetzmäßigkeit klar hervor, daß Preisveränderungen umso wirkungsloser sind, je geringer die Elastizität von Angebot und Nachfrage ist.

Christian Klipstein

Achtung, wichtige Termine! Fristablauf bei Versorgungsansprüchen

Nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) muß der Beschädigte seinen Versorgungsanspruch binnen zwei Jahren anmelden, will er dessen nicht verlustig gehen. Da das BVG am 1. Oktober 1950 in Kraft getreten ist, läuft die Anmeldefrist erstmalig am 30. September 1952 ab. Bis zu diesem Zeitpunkt muß der Beschädigte einen formlosen Antrag an das für ihn zuständige Versorgungsamt (oder an die zuständige Gemeindebehörde) richten. Nach diesem Tage kann der Anspruch nur noch dann geltend gemacht werden, wenn die Folgen einer Schädigung erst später „in einem die Versorgung begründenden Grade“ bemerkbar geworden sind oder die Folgen zwar schon innerhalb dieser Frist in diesem Maße bemerkbar waren, aber erst nach der Frist, wenn auch in allmählicher, gleichmäßiger Entwicklung des Leidens sich wesentlich verschlimmert haben. Eine Anmeldung nach Fristablauf ist auch dann noch möglich, wenn der Anspruchsberechtigte an der Anmeldung durch Verhältnisse verhindert war, die außerhalb seines Willens lagen.

Die Anmeldung eines Anspruchs nach Fristablauf hat stets binnen sechs Monaten zu erfolgen, nachdem die Folgen der Schädigung oder die

Verschlimmerung bemerkbar geworden sind oder das Hindernis weggefallen ist.

Für Witwen, Witwer und Waisen läuft die Anmeldefrist für Versorgungsansprüche ebenfalls am 30. September 1952 ab. Bei ihnen kann nach Ablauf der Frist ein Anspruch nur dann noch geltend gemacht werden, wenn sie an der Anmeldung durch Verhältnisse verhindert waren, die außerhalb ihres Willens lagen. Das ist z. B. auch dann der Fall, wenn Hinterbliebene die Nachricht vom Tode des Verstorbenen verspätet erhalten haben oder wenn im Falle der Todeserklärung der im Beschluß des Amtsgerichts festgesetzte Todestag weit zurückliegt. Die oben genannte „Notfrist“ von sechs Monaten beginnt in diesen Fällen mit dem Tage, an dem die Hinterbliebenen vom Tode des Beschädigten oder von der Rechtskraft des Beschlusses des Amtsgerichts über die Todeserklärung in zuverlässiger Weise Kenntnis erlangt haben.

Die Kriegerwitwen, welche bis zum Ablauf der gesetzlichen Frist ihre Ansprüche nicht angemeldet haben, verlieren nicht nur ihren Rechtsanspruch auf Witwenrente, sondern im Falle der Wiederverheiratung auch ihren Anspruch auf die Heiratsabfindung.

Die Versorgungsansprüche der Eltern müssen spätestens binnen drei Jahren nach dem Tode des Beschädigten angemeldet werden. Diese Ausschlußfrist endet erstmalig am 31. Dezember 1952.

Lambert Dalbert

Arbeits- und Sozialrecht in Brasilien

Vor kurzem hatte ich Gelegenheit, einen Vortrag über brasilianisches Arbeits- und Sozialrecht zu hören. Wie viele von uns hatte auch ich eine recht verschwommene und romantische Ansicht über Brasilien. Mein Erstaunen war umso größer, als ich hörte, zu welchen Ergebnissen für den Arbeitnehmer die brasilianische Arbeits- und Sozialgesetzgebung geführt hat.

Daß die brasilianische Frau völlig gleichberechtigt ist, war für den Vortragenden (Prof. Dr. Gottschalk, Sao Paolo) so selbstverständlich, daß er diese Tatsache erst auf eine Anfrage hin erwähnte.

An der brasilianischen Gestaltung des Kündigungsschutzes fällt auf, daß er alle Arbeitnehmer gleich behandelt, also keinen Unterschied zwischen Arbeitern und Angestellten macht und auch keine Rücksicht auf die Stellung nimmt, die der Betreffende im Betrieb innehat. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß der Kündigungsschutz in Brasilien nicht durch Arbeitskämpfe erreicht wurde, durch welche jede Arbeitnehmerorganisation versucht hätte, für ihre Angehörigen die größtmöglichen Vorteile herauszuholen, sondern daß der Kündigungsschutz ohne Anhören der Arbeiterschaft von der gesetzgebenden Körperschaft geschaffen wurde. Trotzdem ist der Schutz der Arbeitnehmer bedeutend vollkommener als bei uns nach dem Kündigungsschutzgesetz, und da ich nicht auf

Einzelheiten eingehen kann, sei nur gesagt, daß ein Arbeitnehmer, der an und für sich schon sehr schwer zu kündigen ist, nach zehnjähriger Beschäftigungszeit im gleichen Betrieb praktisch nicht mehr entlassen werden kann. Diesen uns fremden Grundsatz der Stabilität des Arbeitsverhältnisses hat Brasilien aus dem italienischen Arbeitsrecht der zwanziger Jahre übernommen. Für Fälle des Verschuldens eines Vertragspartners ist die Regelung ähnlich derjenigen im Kündigungsschutzgesetz.

Zur Stellung des Arbeiters im Betrieb ist zu sagen, daß grundsätzlich gleicher Lohn für gleiche Arbeit gewährt wird. Weiterhin bestehen für den brasilianischen Arbeiter Möglichkeiten, sich auf allen ihn interessierenden Gebieten in unentgeltlichen Abendkursen weiterzubilden. Die zum Aufbau derartiger Institute nötigen Mittel werden von den Unternehmern gestellt.

In allen Betrieben, die mehr als 60 weibliche Arbeitskräfte von über 16 Jahren beschäftigen, ergibt sich für den Unternehmer die Verpflichtung, einen Kindergarten einzurichten, d. h. Räume zu stellen und das notwendige Personal (Arzt, Säuglingspflegerinnen usw.) einzustellen. Die werdende Mutter braucht in der Zeit von sechs Wochen vor bis sechs Wochen nach der Entbindung nicht zu arbeiten und erhält ihren vollen Lohn weitergezahlt. Dieser Zeitraum kann auf ärztliche Anordnung noch erweitert werden.

Selbstverständlich ist für den brasilianischen Arbeitnehmer, daß er am Gewinn des Betriebes beteiligt ist. Dies jedoch, ohne daß er ein Mitbestimmungsrecht innerhalb des Betriebes hätte. Der darin liegende Widerspruch ergibt sich einerseits aus der Mentalität der Brasilianer und andererseits daraus, daß der Bildungsstand des durchschnittlichen Brasilianers sehr gering ist. Jedoch wird der Grundsatz der Gewinnbeteiligung notgedrungen zur Mitbestimmung im Betrieb führen müssen, sobald der brasilianische Arbeitnehmer den Bildungsstand erreicht hat, der es ihm ermöglicht, diese Aufgabe verantwortungsvoll wahrzunehmen.

Hervorzuheben ist noch, daß es in Brasilien unabhängige Gewerkschaften praktisch nicht gibt und auch das Streikrecht bis vor kurzer Zeit nicht gegeben war. Die aufgeführten Erfolge wurden nur durch verständnisvolle Zusammenarbeit zwischen Regierung und Unternehmern erreicht. Das brasilianische Beispiel lehrt uns, daß es noch viel zu tun gibt, um die soziale Stellung des deutschen Arbeitnehmers zu verbessern, und daß die Bezeichnung Deutschlands als „Wohlfahrtsstaat“ nicht mehr so unbedingt zutrifft. Auf der anderen Seite dürfen wir nicht die besondere Situation Brasiliens außer acht lassen: die schier unerschöpflichen Rohstoffquellen im eigenen Land und vor allem die Tatsache, daß es sich nicht den ungeheuren Lasten zweier Weltkriege aussetzte. Die Kräfte, die Deutschland und viele andere Länder für die letzten Kriege verbrauchten, ließ Brasilien dem eigenen Aufbau zugute kommen.

Karl Guse

Zeit und Ewigkeit

Worte über den Frieden

Halte zuerst dich in Frieden, dann wirst du andere befrieden können.

Ein friedfertiger Mensch nützt mehr als ein hochgelehrter.

Ein leidenschaftlicher Mensch zerzt auch das Gute ins Böse, und leicht glaubt er das Böse.

Ein guter friedfertiger Mensch wendet alles zum Guten.

Wer wohl in Frieden ist, hat keinerlei Argwohn. Wer aber übel zufrieden ist und leicht erregt, wird von aller Art Verdacht heimgesucht; weder ruht er selbst noch läßt er andere in Ruhe.

Oft sagt er, was er nicht sagen sollte, und versäumt, was ihm zu tun besser gefrommt hätte.

Er überdenkt, was andere tun sollten, und läßt außer acht, was seine eigene Pflicht ist.

Hab also zuerst Eifer in Bezug auf dich selbst, dann wirst du auch deinen Nächsten anzueifern das Recht haben.

Du verstehst es, deine Handlungen zu entschuldigen, und die Entschuldigungen anderer willst du nicht gelten lassen.

Gerechter wäre es, du klagtest dich selbst an und entschuldigtest deinen Bruder.

Wenn du ertragen werden willst, ertrage du auch den anderen.

Siehe, wie weit du noch von der Liebe und Demut entfernt bist, die keinen erzürnen und verletzen kann außer allein sich selbst.

Es ist keine große Leistung, mit guten und feinen Menschen umzugehen: das nämlich behagt allen natürlicherweise, und ein jeglicher lebt gern in Frieden und liebt mehr die Gleichgesinnten.

Aber mit groben und verkehrten oder zuchtlosen, gar uns widerwärtigen Leuten in Frieden zu leben, ist eine große Gnade und ein hoch lobwürdiges, mannhaftes Werk.

Es muß unser ganzer Friede in diesem elenden Leben mehr im demütigen Ertragen beruhen als im Nichtempfinden des Widerwärtigen.

Wer besser zu dulden weiß, wird größeren Frieden haben. Er ist der Besieger seiner selbst, Herr der Welt, Freund Christi und Erbe des Himmels.

Der MENSCH *im* *Alltag*

Menschen, die heute gebraucht werden

In einem Betrieb einer rheinischen Stadt begann man kürzlich mit den Vorbereitungen für die Neuwahl des Betriebsrates. Der Betrieb beschäftigt etwa 300 Arbeiter und Angestellte. Es dürfte darum eigentlich nicht an Leuten fehlen, die fähig sind, im Betriebsrat für das Wohl ihrer Kollegen und des ganzen Betriebes sich einzusetzen. Sollte man meinen. Doch in Wirklichkeit kam es ganz anders. Aus dem bisherigen Betriebsrat wollte sich kaum einer der Neuwahl stellen. Andere, die man für tüchtig hielt und in Vorschlag brachte, lehnten ab. Es gibt freilich immer Kandidaten, die sich von selber bemerkbar machen und nach vorn drängeln. Das sind die Schreier und Scharfmacher, bei denen heimlicher Ehrgeiz die eigentliche Triebfeder ist und die stets mehr nach dem Beifall der Menge als nach sachlichen Gesichtspunkten Ausschau halten. Vermutlich wird es nun so kommen: Die meisten Mitglieder des neuen Betriebsrats werden nur mit halbem Herzen bei der Sache sein. Sie lassen sich mehr oder weniger zu ihrer Wahl drängen. Die aber, die absolut gewählt werden wollen, werden wahrscheinlich mehr ihre eigenen Interessen als die ihrer Kollegen vertreten.

Die Interesselosigkeit, die heute weithin im öffentlichen Leben zu beobachten ist, ist eine bedenkliche Erscheinung. Der einzelne sagt sich: Was soll ich mich für andere ärgern? Wozu soll ich mir unnötige Scherereien aufladen? Warum soll ich mich bei meinen Kollegen oder bei der Werksleitung unbeliebt machen? Ich arbeite, um Geld zu verdienen. Um den Rest mögen sich andere Leute kümmern! Wer kennt diese Einstellung eigentlich nicht? Man hört sie nicht selten gerade von Leuten, die in ihrer Arbeit tüchtig und auch charakterlich durchaus in Ordnung sind. Auf den ersten Blick scheint ihre Meinung ganz vernünftig, aber in Wirklichkeit zeigt sich in ihr ein ganz bedenkliches Versagen des Menschen unserer Zeit. In dem Mangel an allgemeinem Verantwortungsgefühl liegt eine große Gefahr für das Leben des Ganzen. Es ist durchaus nicht genug, daß ein Mann am Schraubstock seine Sache gut macht und dafür sein Geld bekommt. Es ist noch mehr notwendig, wenn die Welt in Ordnung bleiben soll, nämlich Menschen, die

sich für andere einsetzen! Wer die Lage des Arbeiters heute mit seiner Lage vor hundert Jahren vergleicht, erkennt, daß erhebliche Verbesserungen eingetreten sind. Sie kamen nicht von ungefähr. Sie wurden erkämpft und errungen von Menschen, die große persönliche Opfer brachten und sich für ihresgleichen einsetzten. Nicht die Egoisten haben die allgemeine Lage verbessert, sondern jene selbstlosen Menschen, die für das Recht und das Wohl der anderen eintraten. Der Egoismus in jeder Form zerstört das allgemeine Wohl. Nur dort, wo selbstlose Menschen sich führend einsetzen, wird es gefördert. Keine Gemeinschaft kann auf die Dauer bestehen ohne solche fürsorgenden Menschen. Solche Menschen werden heute in den Betriebsräten gebraucht.

Es ist kein Wunder, daß diese Posten oft so wenig begehrt sind. Wer Vorteile sucht, ist dort nicht am Platz. Wer diesen Platz in rechter Weise ausfüllen will, muß bereit sein, Opfer zu bringen. Er muß seine Zeit und seine Kraft einsetzen, ohne etwas dafür zu erwarten. Er muß sich schulen und über mancherlei Dinge unterrichten. Das bedeutet viel zusätzliche Arbeit. Jedes Recht bringt ja Pflichten mit sich. Werden die Menschen da sein, die bereit sind, diese neue Last von Verantwortung und Opfer auf sich zu nehmen?

Da helfen keine Organisationen! Denn nicht der Riesenapparat von Organisationen hält diese Welt in Ordnung, sondern nur der Mensch, der sich der Organisationen bedienen kann. Das ist heute die Gefahr, daß man alles den Organisationen überlassen möchte. Wenn aber der Mensch versagt, und keine Verantwortung mehr tragen will, dann versagen auch die Organisationen. Wenn sich nicht eine große Zahl von verantwortungsbereiten und opferwilligen Menschen findet, sind wir in Gefahr, auch das wieder zu verlieren, was in einem Jahrhundert des Kampfes an Rechten gewonnen wurde.

Der Christ muß wissen, daß es seine Pflicht ist, die Last eines Amtes auf sich zu nehmen und Opfer für seinen Mitmenschen zu bringen.

Was erwartet man von einem tüchtigen Funktionär? Wer in ein Amt gewählt wird, ist damit nicht das Sprachrohr derer, die ihn gewählt haben. Er muß das Vertrauen seiner Wähler dadurch rechtfertigen, daß er seinem Gewissen folgt. Durch die Wahl wird ihm Verantwortung übertragen. Er muß für das Recht und für das Wohl derer eintreten, für die er verantwortlich ist.

Echte Verantwortung ist Fürsorge. Dazu braucht man nicht nur Gerechtigkeitsempfinden, sondern vor allem ein Herz für Menschen. Hier versagen der Egoist und der Ehrgeizige ebenso wie der Charakterschwache, der sich nur von den anderen vorseiben und antreiben läßt.

Robert Scholl

Solche Menschen gibt es noch!

Da ist ein Mann von fast 80 Jahren. Er hat ein Leben lang gearbeitet und es zu einem eigenen Haus gebracht. Seit vielen Jahren lebt er nun im Ruhestand. Er ist noch rüstig, und er hat viel Arbeit: Ans Geldverdienen denkt er zwar nicht mehr, denn er lebt anspruchslos und weiß sich mit seiner bescheidenen Rente einzurichten. Wenn er aber seine Rente abholt, dann bringt er gewiß zehn anderen Rentnern, die aus mancherlei Gründen verhindert sein mögen, ihr Geld mit. Monate hindurch geht er täglich zu einem Schwerkranken und gibt ihm die Arznei, die der Kranke auch nur von ihm annimmt. Wer unter seinen Nachbarn oder Freunden — und er hat erstaunlich viele Freunde — Rat oder Hilfe braucht, wendet sich an ihn. Mancher schüttet ihm sein Herz aus. Täglich macht er Gänge und Besorgungen für andere. Wofür? Nicht für Geld. Auch nicht deshalb, weil er etwas werden möchte. Auch nicht, um anderen Eindruck zu machen. Er ist einfach ein Christ und bereit, seinen Mitmenschen zu helfen, wenn sie ihn brauchen. Und wie werden solche Menschen gebraucht! Weil sie meist im stillen wirken, ahnen wir nicht, was sie für die Welt bedeuten. Sie sind es, die die Welt im Gange halten.

Robert Scholl.

DIE ANSCHLAGTAFEL

LEHRGÄNGE, TAGUNGEN UND FREIZEITEN

Evangelische Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen

Kirchentag 1952 Stuttgart

Am Sonnabend, dem 30. August, findet während des Stuttgarter Kirchentages ein Sondertreffen von Arbeitern statt. Anfragen an das Kirchentagsbüro.

Arbeiterwerk in der Männerarbeit der EKD

Schleswig-Holsteinische Landeskirche: Vom 3. — 8. November findet im Martinshaus, Rendsburg, der 4. evangelisch-soziale Lehrgang für Arbeiter und Angestellte statt.

Anmeldung an Männerarbeit der Schleswig-Holsteinischen Landeskirche Mönkeberg bei Kiel, Postfach.

Hessen-Nassau: Das Evangelische Arbeiterwerk in Hessen und Nassau führt Wochenfreizeiten auf Schloß Wolfsgarten bei Egelsbach durch
vom 2. 8. — 9. 8. und 16. 8. — 24. 8.

5. 9. — 7. 9. Wochenendfreizeit in Steinbockenheim (Rhh.)

13. 9. — 20. 9. Wochenfreizeit auf Schloß Reichenberg (Odenwald)

Anmeldungen an Evangelisches Arbeiterwerk — im Evangelischen Männerwerk —
in Hessen und Nassau, Gesch.-St.: (16) Neu-Isenburg bei Frankfurt (Main),
Alicestraße 48.

Evangelisches Arbeiterinnenwerk

Hessen: Vom 11. — 23. August findet im Allgäu eine Arbeiterinnenfreizeit statt.
Unterbringung in Berggasthof, 1100 m. Höhe. Preis: Fahrt einschl. Ver-
pflegung und Unterkunft DM 79,—

Anmeldungen an das Evangelische Arbeiterinnenwerk, Frankfurt-Griesheim,
Im Bruch 5.

Verband Evangelischer Arbeitervereine (EAB)

3. August 66. Jahresfest des Evangelischen Arbeitervereins Hattingen (Ruhr) mit
Fahnenweihe.

Evangelische Akademien

Hessen und Nassau (Frankfurt/Main, Schaumainkai 23):

6. 9. — 8. 9. Tagung für Lehrlinge aus dem Handwerk

20. 9. — 23. 9. Tagung für junge Arbeiter und junge Theologen

Schleswig-Holstein (Rendsburg, Martinshaus, Kanalufer 48):

25. 8. — 29. 8. Arbeitslosentagung in Bistensee an den Hüttener Bergen.

6. 9. — 8. 9. Tagung „Polizei und Kirche“ in der Grenzlandakademie Sandelmark

Württemberg (Bad Boll über Göppingen):

6. 8. — 9. 8. Arbeitertagung

5. 9. — 7. 9. Arbeitertagung

Evangelische Sozialakademie Friedewald

15. 8. — 20. 8. Tagung für Sekretärinnen

27. 8. — 31. 8. Deutscher Evangelischer Kirchentag in Stuttgart mit Treffen der
Friedewalder am Sonnabend, dem 30. August

1. 9. — 5. 9. Studienkonferenz *)

5. 9. — 12. 9. Sonderkursus *)

13. 9. — 2. 10. Soziallehrgang für Arbeiter und Arbeiterinnen

4. 10. — 9. 10. Soziallehrgang für Arbeiter und Lehrer

Anmeldungen an Evangelische Sozialakademie Friedewald über Betzdorf/Sieg.
Für die mit *) bezeichneten Veranstaltungen Anmeldungen nur
auf besondere Einladung erbeten.

BERICHTE

Zur Tätigkeit der Evangelischen Akademie Bad Boll unter der württembergischen Arbeiterschaft

Seit ihrem Bestehen, d. h. seit nunmehr 6 Jahren, hat die Evangelische Akademie Bad Boll einen wesentlichen Teil ihrer Kräfte darauf verwandt, mit der Arbeiterschaft in ein positives und fruchtbares Gespräch zu kommen. In diesem Zusammenhang haben 21 Tagungen für Arbeiter und Betriebsräte mit insgesamt 1059 Teilnehmern stattgefunden. Als Ergebnis dieser Arbeit darf es bezeichnet werden, daß in vielen Kreisen der Arbeiterschaft ein neues Verhältnis zur Kirche und zu den Grundfragen des menschlichen und sozialen Lebens entstanden und im Entstehen begriffen ist. Darüber hinaus aber wurden diese Tagungen für viele Arbeiter ein Anstoß zu sachlicher Einstellung und verantwortlicher Mitarbeit an der Lösung der sozialpolitischen Probleme. Die Akademie sah ihre Aufgabe darin, vor allem im christlichen Teil unserer Arbeiterschaft das Interesse an sozialpolitischen Fragen zu wecken und die volkswirtschaftlichen ebenso wie die sittlichen Grundlagen der notwendigen Entscheidungen aufzuzeigen. In mehreren sozialpolitischen Lehrgängen vereinigte die Evangelische Akademie Bad Boll außerdem junge Theologen und junge Arbeiter zu zehntägiger gemeinsamer Arbeit an sozialen und religiösen Fragen.

In Uebereinstimmung mit zahlreichen anderen Unternehmungen gleichgerichteter Art begann die Evangelische Akademie im Sommer 1951 ihre Tätigkeit unter der Arbeiterschaft dadurch zu intensivieren, daß sie Arbeiter auf Grund ihrer Betriebszugehörigkeit ansprach. Diese neue Form der Arbeit steht im Zusammenhang mit einer größeren Aktion im gesamten Bundesgebiet, an der sämtliche Verbände der evangelischen Kirche beteiligt sind. Trägerin ist die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen. Das Ziel dieser Arbeit besteht darin, die evangelischen Arbeiter aus ihrer Vereinsamung im Betrieb zu befreien, ihnen ihre Verantwortung für den Betrieb deutlich zu machen und sie instand zu setzen, innerhalb ihres Werkes und innerhalb ihrer Berufsorganisation eine positive Wirkung auszuüben. Zu diesem Zweck sollen sich solche Arbeiter in Betriebskernen zusammenschließen. Der erste und größte dieser Betriebskerne innerhalb Stuttgarts besteht bis jetzt bei der Firma Robert Bosch GmbH., eine zweite kleinere Gruppe hat sich im Werk Untertürkheim der Daimler Benz AG. gebildet.

Grundzüge dieser Arbeit sind: a) Veranstaltung von Tagungen für die Angehörigen bestimmter Betriebe. Dabei sollen sozialpolitische, sozialetische und religiöse Fragen besprochen, evtl. konkrete Betriebsprobleme erörtert und die persönliche Verbindung unter diesen Betriebsangehörigen hergestellt und gefestigt werden.

Zusätzlich zu den oben genannten Tagungen haben seit August 1951 4 Tagungen für Betriebsangehörige der Firma Bosch stattgefunden mit einer Dauer von jeweils 3—5 Tagen. Zwei Wochenendtagungen brachten Arbeiter und Angestellte der Firma Daimler-Benz nach Bad Boll. Die Dauer und damit der Wert dieser Tagungen hängt wesentlich von der Möglichkeit ab, die der Betrieb bietet.

b) Veranstaltung regelmäßiger Abende, zu denen die Arbeiter eines Betriebes am Ort eingeladen werden, und die jeweils der Behandlung wesentlicher Grundfragen dienen. Die Abende teilen sich in Referat und Diskussion und haben bei sorgfältiger Vorbereitung bis jetzt starkes Echo gefunden. Der Teilnehmerkreis soll dabei keinesfalls nur kirchlich gebundene Arbeiter umfassen, die Art der

Abende auch kein ausgesprochen kirchliches Gepräge tragen. Die Behandlung der Fragen wird den Geist zeigen, der für die ganze Arbeit bestimmend ist.

c) Die laufende Erfassung und möglichst gründliche Ausbildung besonders begabter und tatkräftiger Arbeiter oder Angestellter, die für führende Aufgaben in den Betriebsgruppen oder auch innerhalb des Betriebes in Betracht kommen. Diese Männer und Frauen werden laufend in bestimmten Wochenendtagungen zusammengefaßt, wo dann in kleinem Kreis (höchstens 15 Teilnehmer) die Aussprache vertieft wird. Auf diesem Wege soll im Laufe der Zeit ein fester Stamm von Mitarbeitern unter der württembergischen Arbeiterschaft gesammelt werden, die in religiöser und sozialer Hinsicht auf einer klaren Linie stehen.

d) Die Entsendung ganz besonders ausgewählter Leute zu mehrwöchigen Ausbildungskursen an die Evangelische Sozialakademie in Friedewald.

In einer ersten eingehenden Aussprache zwischen der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen und dem Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes wurde der DGB vom Bestehen und von den Zielen dieser Arbeit in Kenntnis gesetzt. Es wurde ihm in freundschaftlichem Gespräch klargelegt, daß die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen die Mitarbeit der von ihr erfaßten Arbeiter in der Einheitsgewerkschaft lebhaft fördere, zugleich aber auch für die Berücksichtigung bestimmter, aus der Glaubensüberzeugung resultierender sozialemischer und sozialpolitischer Gesichtspunkte stärkstens eintrete.

Jörg Simpfendörfer

Gesamtverband Evangelischer Arbeitervereine wieder gegründet

Am 8. Juni wurde im Gelsenkirchener Hans-Sachs-Haus der Gesamtverband evangelischer Arbeitervereine als Evangelische Arbeiterbewegung (EAB) neu ausgerufen, nachdem der Vorstand des Verbandes Rheinland und Westfalen diese Maßnahme acht Tage zuvor in Essen beschlossen hatte.

Außerem Anlaß zu einer großen Veranstaltung bot das feierlich begangene 70-jährige Jubiläum des Arbeitervereins Gelsenkirchen-Schalke, zu dem ein beachtliches Aufgebot organisierter evangelischer Arbeiter aus der näheren und weiteren Umgebung erschienen war. Den Reigen der Veranstaltungen leitete die Jubelfeier des Schalker Vereins ein, auf der Verbandsgeschäftsführer Dr. Poepke neben zahlreichen anderen Gratulanten das Wort zu einer programmatischen Ansprache ergriff. In kritischer Form würdigte er noch einmal den geistigen Werdegang der Arbeiterschaft und ihre Organisationen, um endlich festzustellen, daß man starken Organisationen nur mit starker Organisation begegnen könne. Hand in Hand mit der Ablehnung des Arbeitskampfes in seinen schärfsten Ausdrucksformen würdigte Dr. Poepke auch die Notwendigkeit und die Verdienste der großen Einheitsgewerkschaft. Wenn die deutsche Wirtschaft von ihren tödlichen Schäden sich erholen konnte, so erklärte er, sei dies maßgeblich ein Verdienst ihres großen Führers Dr. Hans Böckler und seiner maßvollen Politik gewesen. Alles, was die Revolutionen von 1918 und 1933 der Arbeiterklasse an Vorteilen gebracht hätten, meinte Dr. Poepke, hätte sich auch auf dem Wege der Reform und nicht des Kampfes erreichen lassen. Zum Schluß seiner Ansprache appellierte er an die Bereitschaft, eine evangelische Arbeiterbewegung mit zu tragen und voran zu treiben und bezeichnete die Wiedergründung der EAB als eine historisch bedeutende Tat.

Mit Musik und vielen Fahnen zogen anderntags die zahlreichen Gastvereine durch Gelsenkirchen zum Hans-Sachs-Haus, von dessen blumenüberhäufter Bühne der Verbandsvorsitzende, Oberregierungsrat Otto Klein im Verlauf einer mehr-

stündigen Sitzung den Gesamtverband evangelischer Arbeitervereine als EAB ausrief. Zu der großen Feier konnte er einen reichen Flor prominenter Gäste begrüßen, darunter Ministerpräsident Karl Arnold, Bundestagsabgeordneten v. Merkatz, Oberkonsistorialrat Dr. Eugen Gerstenmaier, Prof. Schreiner von der Universität Münster, den Oberbürgermeister von Gelsenkirchen sowie Vertreter der katholischen Arbeiterbewegung, die ihre verständliche Freude über die Neugründung lebhaft zum Ausdruck brachten. Oberregierungsrat Klein verlas unter Beifall eine Grußadresse des Bundeskanzlers und bemerkte anschließend, auch Bundespräsident Heuss habe der Kundgebung telegrafische Grüße übermittelt. Ministerpräsident Arnold, der zuerst sprach, erklärte, die Stunde sei gekommen, um die evangelischen Arbeiter zur Bildung einer mächtigen Organisation aufzurufen. Zwar habe die Einheitsgewerkschaft eine bedeutsame Aufgabe zu erfüllen, es komme jedoch maßgeblich auf den Geist an, der soziale Neuordnungen erfülle. Dessen Pflegestätten müßten die evangelische und katholische Arbeiterbewegung sein. Hier könnten die Voraussetzungen für Freiheit und Gerechtigkeit geschaffen werden. Im Rahmen seiner Festansprache brachte Oberregierungsrat Klein zum Ausdruck, die EAB stelle eigentlich gar nichts Neues dar, so daß die weitreichende Beunruhigung über ihre Wiedergründung unverständlich sei. Die EAB bekenne sich treu zur Kirche, auch wenn sie nicht verstanden werde. Es gelte, dem sozialen Gedanken durch aktive Mitarbeit vorwärts zu helfen. Anschließend verlieh Professor Schreiner als Beauftragter der Universität Münster an Oberkonsistorialrat Dr. Eugen Gerstenmaier den Titel eines Ehrendoktors der Theologie. Der Vertreter der Evangelischen Arbeiter-Internationale, Ruppert, brachte seine Freude darüber zum Ausdruck, daß nun Deutschland wieder seinen vakanten Platz in der internationalen Gemeinschaft eingenommen habe. Die soziale Frage, so stellte er fest, könne nur vom Evangelium her ihre Lösung finden. Abgeordneter v. Merkatz ermahnte die Versammlung, sich nicht vor der Politik zu fürchten. Wir müßten bereit sein, noch mehr zu ertragen, als wir schon hinter uns hätten. Es sei notwendig, wieder zu klaren Maßstäben zu kommen. Die Menschen müßten wieder zu den grundsätzlichen Maximen des Gehorsams, der Demut und der Barmherzigkeit zurückkehren. Als Letzter in der Reihe der Hauptredner sprach Dr. Gerstenmaier. Er untersuchte in gründlicher Weise das Verhältnis der evangelischen Arbeiterschaft zu Staat, Kirche und Gewerkschaft, wobei er besonders die letzte Entwicklung in der Einheitsgewerkschaft scharf kritisierte. Daraus müßten die evangelischen Arbeiter Konsequenzen ziehen. Der Solidarität der Arbeiter seien Grenzen gesetzt. Gerstenmaiers Rede klang aus in den Appell: „Christliche Arbeiter an die Front!“ An die Front des inneren Friedens, der sozialen Gerechtigkeit, gegen den Tod der Herzen und Seelen in der Vermassung.

Hans Egon Metzger

Aufschlußreiche Jahreskonferenz der IAO

Die 35. Jahreskonferenz der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) fand vom 4. bis 28. 6. in Genf statt. Die Bundesrepublik Deutschland war auf der vorjährigen Konferenz der IAO aufgenommen worden und entsandte in diesem Jahr erstmalig eine Delegation nach Genf, um dort aktiv und gleichberechtigt an den Arbeiten teilzunehmen.

Der ehemalige französische Ministerpräsident Paul Ramadier stellte in der Eröffnungsansprache fest, daß die sozialpolitische Gestaltung in den Ländern immer mehr von den Regierungen an sich gerissen wird und die Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen auf Grund dieser Entwicklung schwer um ihre Unabhängigkeit zu ringen haben.

Der brasilianische Arbeitsminister de Segadas Vianna wurde zum Präsidenten der Konferenz gewählt. — Von David A. Morse, dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes wurde der Jahresbericht der IAO vorgelegt. In diesem Bericht wird gefordert, die Anstrengungen für Rüstung und die Anstrengungen für die Aufrechterhaltung und Steigerung des Lebensstandards aufeinander abzustimmen, damit nicht die Sozialpolitik unter der Aufrüstung leidet. Schon jetzt sei es notwendig, Maßnahmen einzuleiten, um zu vermeiden, daß eine Einschränkung der Rüstung Massenarbeitslosigkeit und soziale Unruhen zur Folge haben.

Die Konferenz nahm während der Diskussionen im Zusammenhang mit dem Jahresbericht drei Resolutionen an. Die erste fordert die **Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung** von Staat und Parteipolitik. Eine zweite beschäftigt sich mit der Ausdehnung der technischen **Hilfeleistung für unterentwickelte Gebiete** und die dritte fordert die Staaten auf, der **IAO bei der Verfolgung ihrer Ziele** die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Die IAO bemüht sich seit Jahrzehnten um internationale Abmachungen in sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Fragen. Mit den diesjährigen Beschlüssen sind von der IAO bis jetzt insgesamt 103 Uebereinkommen angenommen worden. Ihr Inhalt beruht auf den gesetzlichen Voraussetzungen der in der IAO vertretenen Staaten. Außerdem sind bisher insgesamt 95 Empfehlungen der IAO an die Mitgliedstaaten gerichtet worden. Die gesetzlichen Voraussetzungen zur Durchführung dieser Empfehlungen müssen von den Mitgliedstaaten selbst geschaffen werden.

In der Frage der **Beratung und Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Betrieb** ergab die Diskussion eine Empfehlung, die geeignete Maßnahmen fordert, um diese Beratung und Zusammenarbeit in Angelegenheiten gemeinsamer Interessen zu fördern. Das kann auf der Grundlage der freiwilligen Vereinbarung oder auf dem Wege der Gesetzgebung geschehen. Die Wahl der Mittel hängt von den Verhältnissen in den einzelnen Staaten ab. Eine hierzu ergangene Entschliebung bringt eine Reihe von Grundsätzen, die bei der Schaffung der organischen Zusammenarbeit als Musterbeispiele Beachtung finden sollen. Sie beschäftigt sich mit der Bestimmung der Belegschaftsvertreter in den Organen für Zusammenarbeit, mit der Funktion dieser Organe, mit den Verpflichtungen der Betriebsleitung gegenüber diesen Organen, mit der Geheimhaltung vertraulicher Auskünfte und schließlich mit dem Schutz der Arbeitnehmervertreter gegen Diskriminierungen auf Grund der Wahrnehmung ihrer Funktionen.

Die Tätigkeit der Internationalen Arbeitsorganisation ist so wichtig, daß sich die einzelnen Arbeitnehmer im stärkeren Maße dafür interessieren müßten. Diese internationalen Abmachungen arbeitsrechtlicher und sozialpolitischer Natur sind ein seit Jahrzehnten beschrittener Weg, die Lebenshaltung und Lage des arbeitenden Menschen in der Welt zu verbessern. Diese Tätigkeit zwingt uns aber auch gleichzeitig darauf zu sehen, daß es in der Welt noch eine ganze Reihe von Gebieten gibt, mit deren Lebensverhältnissen wir Arbeitnehmer in Deutschland bestimmt nicht zufrieden wären.

INFORMATIONEN

AUS GESELLSCHAFT UND WIRTSCHAFT

Lohnbewegungen

Bundesgebiet: Die Gewerkschaft ÖTV verhandelte Ende Juni in Bonn. Dabei erklärte sich die Tarifgemeinschaft Deutscher Länder grundsätzlich zur Zahlung einer Ausgleichszulage an Lohnempfänger bereit. Spätestens am 10. Juli sollte über die Höhe dieser Ausgleichszulage weiter verhandelt werden. — In den Betrieben der Milchindustrie und Schmelzkäseindustrie im Bundesgebiet nördlich des Maines einschließlich Rheinland-Pfalz wurden die Löhne der gewerblichen Arbeitnehmer rückwirkend um durchschnittlich 4 Prozent erhöht.

Tausende von Versorgungsfällen unerledigt

Durch die außerordentliche Personalbeschränkung blieben allein im Bezirk des Oldenburger Oberversicherungsamtes im Jahre 1951 über 2000 Versorgungsstreitfälle unerledigt liegen. Inzwischen sind nahezu 1500 Berufungen eingegangen, sodaß im Augenblick — abzüglich der aufgearbeiteten Fälle — allein hier 2500 Versorgungsstreitigkeiten auf Erledigung warten.

Betriebsverfassungsgesetz angenommen

Das Plenum des Bundestages verabschiedete am letzten Tag vor den Sommerferien in namentlicher Abstimmung mit 195 gegen 140 Stimmen bei 7 Enthaltungen das neue Betriebsverfassungsgesetz (BVG). Für das Gesetz, das noch der Zustimmung des Bundesrates bedarf, stimmten die Parteien der Regierungskoalition, dagegen die Sozialdemokraten, Teile der Föderalistischen Union und die Kommunisten. Sämtliche von der SPD in dritter Lesung eingebrachten Abänderungsanträge wurden abgelehnt. Sprecher der Regierungsparteien erklärten vor der Abstimmung, daß eine baldige Verabschiedung des Gesetzes — trotz gewisser Bedenken — im Interesse der Erhaltung des Arbeitsfriedens notwendig sei. Die SPD erklärte dagegen, sie lehne das Gesetz ab, weil es in vielen Punkten ungünstiger als das Betriebsrätegesetz und auch wesentlich schlechter sei, als mehrere in den einzelnen Bundesländern bereits bestehende Betriebsrätegesetze.

In einer Rundfunkansprache über den RIAS-Berlin bezeichnete der DGB-Vorsitzende Christian Fette die Art der Verabschiedung als eine „Herausforderung des deutschen Gewerkschaftsbundes“ und eine „Demonstration der Koalitionsparteien gegen die Gewerkschaften“. Die den Wünschen der Gewerkschaften entsprechenden Abänderungsanträge der SPD-Fraktion seien überhaupt nicht

ernsthaft diskutiert worden. Die Koalition habe sich allein von dem Gedanken leiten lassen, alles abzulehnen, was den gewerkschaftlichen Forderungen in irgendeiner Weise entsprochen hätte. Trotzdem werde das Handeln des deutschen Gewerkschaftsbundes „diktiert bleiben von der großen Verantwortung gegenüber seinen Mitgliedern und dem deutschen Volk“.

Fürsorgeabkommen mit der Schweiz

Die Bundesrepublik und die Schweiz haben in Bonn eine Vereinbarung getroffen, die die gegenseitige Fürsorge für Staatsangehörige der beiden Länder regelt. Beide Teile verpflichten sich, den in ihrem Lande lebenden Hilfsbedürftigen des anderen Staates die notwendige Fürsorge zu gewähren, wie sie auch die eigenen Staatsangehörigen genießen.

Eine Mitbestimmungsdiskussion

Die Frankfurter Juniorenkammer hat führende Vertreter der Sozialpartner eingeladen, vor der Frankfurter Jugend über das Betriebsverfassungsgesetz zu diskutieren. Da der vorgesehene Diskussionsredner des DGB verhindert war, und seine Vertreter die Teilnahme an der Aussprache mit der Begründung ablehnten, nicht genügend vorbereitet zu sein, diskutierte der Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Hessischen Arbeitgeberverbände, Dr. Eichler, mit den Anwesenden, unter denen sich auch Betriebsratsvorsitzende und Betriebsratsmitglieder befanden. In seinen Ausführungen betonte Dr. Eichler, daß die Arbeitgeber das Mitbestimmungsrecht bejahten, wenn es den Interessen der Arbeitnehmerschaft und der Betriebe diene, daß die Hessische Unternehmerschaft eine Mitbestimmung durch Betriebsfremde in betrieblichen Dingen aber entschlossen ablehne.

Westdeutscher Luxus belastet Schweizer Hilfswilligkeit

Bereits seit 1945 ließ das Hilfswerk der Evangelischen Kirche in der Schweiz erhebliche Geld- und Sachspenden in notleidende Gebiete Europas, vor allem nach Deutschland, gelangen. Auch im Jahre 1951 setzte es seine Liebestätigkeit erfolgreich fort. Aus den Gemeinden wurden ihm für seinen Dienst 2,13 Mill. frs. überwiesen. Der Jahresbericht des HEKS betont:

„Dieses Resultat ist ein erfreuliches Zeichen des großen Verständnisses im protestantischen schweizer Volk für die Not darbender Mitmenschen. Es zeigt vor allem, daß sich die Glieder unserer evangelischen Kirche durch mancherlei unliebsame Zeichen eines neuen Luxus, z. B. in Westdeutschland, nicht über

die immer noch vorhandene Not vieler Menschen hinwegtäuschen ließen. Es zeigte sich allerdings, daß auch das HEKS sich in zunehmendem Maße mit einer teilweise berechtigten Kritik an dem aufreizenden Verhalten vieler Deutscher auseinander setzen mußte.“

Auf Grund dieser Feststellungen hat das HEKS inzwischen, auch im Hinblick auf den wirtschaftlichen Aufschwung Westdeutschlands seine Hilfe auf die besonders bedürftigen Flüchtlingszentren konzentriert und wird in Zukunft vornehmlich in mittel- und westdeutschen Diasporagegenden wirksam bleiben.

Neue DGB-Bundesschule

Auf dem Homberg bei Hattingen (Ruhr) wurde kürzlich der Neubau der 8. Bundesschule des DGB seiner Bestimmung übergeben. In dem auf das modernste eingerichtete Gebäude, das den Namen Hans Böcklers trägt, werden junge Gewerkschaftsfunktionäre in Kursen ihr Wissen vertiefen. Sozial- und Wirtschaftspolitik, Geschichte der Gewerkschaften und Arbeitsrecht sind die Hauptgebiete. Auch Allgemeinwissen und Sprech-erziehung werden betrieben. Leiter dieser Schule ist Dr. Deus.

AUS DER KIRCHE

Zweites ökumenisches Lager

Das zweite ökumenische Lager des Jahres, das die Goßner Mission in Mainz-Kastel durchführt, läuft vom 1.—31. 8. Die letzte Woche verbringt das ganze Lager in Stuttgart auf dem Kirchentag, der voraussichtlich auch von den übrigen ökumenischen Aufbau-lagern in Deutschland besucht werden wird. Die Verhandlungssprachen in den Lagern sind Deutsch und Englisch.

Hilfe für Ostzonenflüchtlinge

Nach dem Aufruf der Bundesregierung, Länder und Parteien zur Hilfe für die Flüchtlinge aus der sowjetisch besetzten Zone hat das Evangelische Hilfswerk Hannover sofort die notwendigen Maßnahmen getroffen, um die eingehenden Spenden zu verteilen.

Kein Friede ohne soziale Gerechtigkeit

Auf einer Pressekonferenz anlässlich der Vorlage des Jahresberichtes „Hilfswerk 1951“ bezeichnete Pfarrer Dr. Krimm das Zentralbüro des Hilfswerkes als „gleichsam das Sozialministerium der Evangelischen Kirche“. Nach der Ueberwindung der unmittelbaren Flüchtlingsnot der Jahre nach 1945 bildeten heute die schweren Nachkrankheiten, die Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und Jugendnot der Heimatvertriebenen den wahren Hintergrund der deutschen Lage. Es dürfe nie außer acht gelassen werden, daß der Friede unteilbar sei und auch eine soziale Befriedung im Innern einschließen müsse.

Sozialarbeit in Essen

Im Rahmen der Evangelisch-Sozialen Abendschule des Männerwerks von Essen, an deren Abend- und Fortsetzungskursen bisher gegen 1200 Personen teilgenommen haben, wurde vom 4. bis 7. Juli wieder eine Evangelisch-Soziale Woche durchgeführt, bei der in den Abendvorträgen Dr. med. Schäfer, Düsseldorf, über „Wie ist Ehe heute möglich?“, Dr. ing. Dobbrack (Heimkehrer aus russischer Dienstverpflichtung) über „Wie kann Kirche Heimat werden?“, Dipl.-Volkswirt

Martin Donath, Bad Boll, über „Der Betrieb als Uhrwerk und Lebensgemeinschaft“ sowie Bundestagspräsident Dr. Ehlers und Präses D. Held über „Totale Organisation oder Hilfe zum Leben?“ sprachen. Die Tagung schloß ab mit dem fünften Fortsetzungskursus, bei dem gegen 100 Männer einen ganzen Tag zu wesentlichen Aussprachen über die Vorträge von Prof. Dr. Kraut, Dortmund, über „Menschenführung im Betrieb“ und von Dr. Otto Koch, Meinerzhagen, über „Voraussetzungen echter Menschenführung“ versammelt waren.

Zur Zeit läuft eine Erholungsfreizeit für ältere Freunde der Arbeit, vielfach auch Invaliden, mit 55 Teilnehmern in „Haus Friede“ bei Hattingen. Im August findet dort eine Rüstzeit für Berufstätige mit der gleichen oder einer noch größeren Teilnehmerzahl statt. Sie wird von dem Leiter der Abendschule, Missionar Mahrman, und Sozialsekretär F. Grobe geleitet. Zu dieser Freizeit kommen auch ganze Gruppen von Arbeitern einzelner Werke, ohne von der Werksleitung entsandt zu sein, sondern lediglich auf Grund der Anregungen durch ihr Betriebsmännerwerk.

Der 17. Anfangskursus hat soeben in Essen-Stoppenberg seinen Abschluß gefunden. Die Abendkurse erstrecken sich jeweils über vier Abende, die Fortsetzungskurse über einen Sonntag, die Erholungs- und Arbeiterfreizeiten in diesem Jahr über fünf Tage.

Einweihung im Burckhardthaus

Der Neubau des Burckhardthauses in Gelnhausen ist am 15. Juni eingeweiht worden. Der Einweihungstag begann mit einem Festgottesdienst in der Marienkirche, den Oberkirchenrat D. Hertrich, der zugleich die EKD vertrat, hielt. Für die Bundesregierung war Bundestagspräsident Dr. Ehlers anwesend. Er betonte, daß er dieses neue Haus als einen wichtigen Beitrag für den inneren Aufbau des Staates betrachte, und zwar deshalb, weil in diesem Haus Gottes Wort verkündigt werde. Dr. Ehlers überbrachte gleichzeitig die Grüße der Jungenwacht. Das neue Haus ist trotz seiner Größe einfach gehalten. Es beherbergt neben den Räumen für die Schülerinnen der Bibelschule, Zimmern für die Mitarbeiterinnen auch die Büros, den Reisedienst, den Verlag und die Redaktion des „Jugendruf“.

der „Jungen Gemeinde“ und des „Jungen Dorf“.

Ehrenvolle Auszeichnung

Dem Bevollmächtigten des Rates der EKD bei der Bundesregierung, Superintendent Hermann Kunst, Herford, wurde anlässlich der 50-Jahr-Feier der Universität Münster der theologische Ehrendoktor verliehen. Die Auszeichnung erfolgte wegen der Verdienste von Su-

perintendent Kunst um theologische Jugend und Pfarrerschaft und weil er sich für die Gestaltung des kirchlichen Lebens der Heimat aus der Kraft ihres überkommenen Erbes auf das Nachhaltigste eingesetzt und die Mitarbeit der Kirche im Staatsleben auf der Grundlage theologischer Ueberzeugung zu fördern unternommen hat.

Sup. D. Kunst ist u. a. Vorsitzender des Kuratoriums der Evangelischen Sozialakademie Friedewald.

AUS DER AKTION EVANGELISCHER ARBEITER

ARBEITERWERK

Sitzung der Bundesleitung

Die Bundesleitung des Arbeiterwerks mußte auf ihrer letzten Sitzung am 23. Juni 1952 in Karlsruhe mit Bedauern davon Kenntnis nehmen, daß der erste Vorsitzende des Arbeiterwerks, Gustav Hülser MdL (Neustadt/Weinstraße), sein Amt aus gesundheitlichen Gründen zur Verfügung gestellt hat. Propst zur Nieden würdigte eingehend die Tätigkeit und Verdienste des Scheidenden um den Aufbau des Arbeiterwerks. Bis zur Wahl eines Nachfolgers nimmt der stellvertretende Vorsitzende Willi Henrich (Karlsruhe) die Geschäfte des Vorsitzenden wahr. - Die in der vorangegangenen Tagung der Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen in Schmie als notwendig erkannte Zusammenarbeit aller kirchlichen Kreise und Werke wurde auch hier unterstrichen. Allen Mitarbeiter wurde nahegelegt, alles zu unterlassen, was diese Zusammenarbeit gefährden könnte. Besonders hervorgehoben wurde, daß das Evangelische Arbeiterwerk voll und ganz hinter allen Beschlüssen der Tagung stehe.

Die Herausgabe einer „Visitenkarte“, des Arbeiterwerks, deren Wortlaut aus verschiedenen früheren Entwürfen zusammengestellt ist, wurde gutgeheißen.

Eine ausführliche Diskussion befaßte sich mit der Stellung von Betriebspfarrern innerhalb der Betriebe. Auf Vorschlag von Pfarrer Walter Adler (Mannheim) wurde Pfarrer Dieterle, ein Betriebspfarrer in Mühlhausen (Elsaß) um einen Erfahrungsbericht über seine seitherige Tätigkeit gebeten.

Breiten Raum nahmen die Erörterungen über organisatorische und finanzielle Fragen ein. Ihr Ziel war die Schaffung von Grundlagen, die eine Möglichkeit zur Verbreiterung und Vertiefung der Wirksamkeit des Arbeiterwerks schaffen sollen. Willi Otto

Visitenkarte des Arbeiterwerks

Die Bundesleitung des Arbeiterwerks beschloß die Herausgabe einer „Visitenkarte“. Nachfolgend drucken wir den Wortlaut der Karte ab und würden uns freuen, aus unserem Leserkreis recht viele Äußerungen und Kritiken über ihn zu erhalten.

„Das Evangelische Arbeiterwerk ist ein

Zweig der Männerarbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland und stellt eine Laienbewegung dar. Es ist keine Organisation, die andere Organisationen in Frage stellen will, sondern setzt die Solidarität der Arbeitnehmerschaft als notwendig und gegeben voraus.

Das Evangelische Arbeiterwerk will Fragen der Arbeitswelt vom Glauben her lösen, sich für die Wahrung der Menschenwürde einsetzen und zur Verwirklichung der Gerechtigkeit und des sozialen Friedens beitragen. Es will keine Spaltungen bringen, sondern vorhandene Gegensätze im Geiste christlicher Bruderschaft überwinden helfen.

Das Evangelische Arbeiterwerk will dem christlich gesinnten Arbeiter helfen, auch in der Welt des Betriebes als Christ zu leben und will ihn im Sinne echter Partnerschaft aktionsfreudig machen. Es will keine „Arbeitersekte“ bilden, sondern in der Arbeiterbewegung durch brauchbare Mitarbeiter tätig sein.

Das Evangelische Arbeiterwerk schafft Voraussetzungen zur Erfüllung dieser Aufgaben in Lehrgängen, Arbeiter-Freizeiten, Arbeiter-Tagen, Vorträgen, Abendkursen und anderem. Es tut seinen Dienst nicht neben, sondern in der Kirche und will damit ein neues Verhältnis zwischen Kirche und Arbeiterschaft fördern.

Kleinarbeit in Baden

Sommerzeit — Saure-Gurken-Zeit sagt man im allgemeinen. Es ist schon etwas Wahres daran. Für große Veranstaltungen eignen sich die Hundstage nur schlecht. Doch kann man diese Zeit gut dazu benutzen, die Kleinarbeit voranzutreiben. Das Gespräch von Mann zu Mann ist das Entscheidende. Es gilt, Mitarbeiter in den Betrieben und Bezirken zu finden, die ihrerseits die Arbeit weiterführen. Und wir dürfen dankbar feststellen, daß die Zahl der Mitarbeiter ständig zunimmt. In sieben von dreizehn Industriebezirken haben sich Bezirksleitungen gebildet, die selbständig so arbeiten, daß sich der Berufsarbeiter intensiv um die restlichen Bezirke kümmern kann. Im ersten Halbjahr 1952 wurden sechs Rüsttage und Wochenenden für unsere Arbeiter in den verschiedensten Bezirken durchgeführt. Die Schulungsarbeit wird in den Wintermonaten in Verbindung mit der Evangelischen Akademie Herrenalb noch intensiviert werden. Mehrere fünftägige Tagungen sind vorgesehen.

An dieser Stelle möchte ich alle Mitarbeiter und Freunde in unserer Landeskirche grüßen und sie bitten, noch mehr als bisher mit uns Verbindung zu halten zum Segen für unsere weitere gemeinsame Arbeit.

Gerhard Schlosser

Kurhessen,

Freizeit für Arbeitslose

„Wir vom Amt freuen uns über jede Bemühung, den Aermsten der Armen, den Arbeitslosen, irgendwie zum Menschsein zu verhelfen. Aber glauben Sie mir: Bei den meisten ist es vergebliche Mühe am falschen Objekt. Was wir hier täglich erleben, nimmt uns fast den Glauben an eine gesunde Zukunft.“ Das waren die Worte eines Beamten, der seine Unterstützung in meinem Bemühen um das Arbeiterwerk mir nicht verweigerte. Ich fange allerdings auch am anderen Ende an: Der in der Arbeit Stehende hat seine Sorgen — wer hätte die nicht! Aber die Arbeitslosen! Genügt es, ihnen die Alu und Alfu zu sichern? So lud ich 30 solcher Männer zu einer Freizeit auf den Knüll in die Einsamkeit von Nordhessen. Ja, dieses Nordhessen ist ein Gebiet für sich — in jeder Beziehung. Von Wiesbaden und Frankfurt zu weit entfernt, zu nah an der Grenze, zu hart am Brennpunkt, schreckt es jeden ab, den diese Gegend beeindruckt, den aber die Lage vom Zugreifen abhält.

Nun, auf dieser Freizeit fanden die Männer, daß wir alle Menschen waren, und dieses Menschsein formte eine „Familie“. Wir lassen einander nicht mehr los. Es ergab sich, daß viel Arbeit vorlag zum Ausbau des Jugendheimes, in dem entwurzelte Jugend wieder festen Boden gewinnen soll. Das Arbeitsamt bewilligte die Beurlaubung von sechs arbeitslosen Männern für drei Wochen, die bei bester Verpflegung und guter Unterkunft tagsüber praktisch mitarbeiteten. Abends werden dann wirtschaftliche, sozialpolitische und religiöse Fragen in offener Aussprache bearbeitet. Heimatkundliche Vorträge vertiefen das Gefühl für Heimat und Volk.

So ist schon die dritte Gruppe für die nächsten drei Wochen unterwegs. Es ist erstaunlich, wie diese Männer auftauen beim Zupacken und welch echte Fröhlichkeit der Dank schafft unter Männern, die im Alltag mißmutig und aufgeregt handeln und behandelt werden. Nur, wenn sie dann zurück sind mit ihrem Erlebnis, dann finden sie keine „Gemeinde“, die menschlich zu ihnen ist. Ja, die mehr sein soll — „christlich“! Daher der dringende Ruf des Männerwerks: „Macht die Gemeinden stark!“ K. Hohmann

Ein neuer Mittelpunkt

Eine dreitägige Wiederholungsfreizeit des Betriebsmännerdienstes der Evangelischen Kirche von Westfalen für den Bezirk Ostwestfalen vereinte Arbeiter, Fürsorgerinnen und Betriebsräte unter dem Leitmotiv der Verantwortung für den Betrieb. Mit dem starken Hinweis auf diese Verantwortung erhebt

die Kirche keinen Anspruch etwa im Sinne christlicher Gewerkschaften, sondern hier steht im Vordergrund der Mensch — der arbeitende und der unternehmende — der heute vom technisch-wirtschaftlichen Bereich fast völlig überdeckt wird. Der Betrieb ist in der modernen Gesellschaft zu einem neuen Mittelpunkt geworden, dem neben der Familie die höchste Beachtung geschenkt werden muß. Alle Menschen im Betrieb brauchen den Rat, die Hilfe und die Seelsorge der Kirche, denn die beste Betriebs- und Sozialordnung kann der Liebe nicht entbehren, die höchste Liebe aber kann auch eine schlechte Betriebs- und Sozialordnung nicht ersetzen.

Die Rüstzeit im Otto-Riethmüller-Haus bei Bielefeld-Sieker bot drei Referate: „Die Bedeutung des Berufes“, „Der Betrieb als Sozialgebilde“ und „Der betriebsgebundene Mensch und die Kirche“. Der Dozent an der kirchlichen Hochschule in Bethel, P. Dr. Wolf, legte mit seinem Vortrag über die Bedeutung des Berufes den Grund für den Erfolg der Rüstzeit. Als Konsequenzen der biblisch begründeten Berufsauffassung bezeichnete er am Schluß seiner Ausführungen u. a. das richtige Verhältnis von Arbeit und Ruhe, den Dienstcharakter aller Arbeit zum Wohl des Mitmenschen, das Recht auf Arbeit und die Ordnung der Arbeit im Zusammenhang mit dem gesamten Leben. Einen weiteren Höhepunkt der Tagung bildete ein Erfahrungsaustausch der Teilnehmer mit Theologiestudenten, die sich in ihren Semesterferien ihr Studiengeld verdienen müssen.

Auch diese Rüstzeit zeigte, daß der arbeitende Mensch, der zu einem guten Teil der Kirche fern steht, auf die Hilfe und den Rat der Christen wartet. Auf diesem Boden treten die Gegensätze der Parteien zurück, um einer echten Brüderlichkeit Platz zu schaffen.

ARBEITERVEREINE

Jubiläum in Hattingen

Zum 66. Jahresfest des Evangelischen Arbeitervereines Hattingen-Ruhr, das mit einer Fahnenweihe verbunden wird, hat der Gesamtverband Evangelischer Arbeitervereine (EAB) für den 3. August eingeladen. Jeder Verein soll wenigstens durch eine Fahnenabordnung vertreten sein.

Sozialkursus

Vom 20.—26. Juli führte der Gesamtverband der Evangelischen Arbeitervereine einen sozialethischen Lehrgang durch. An dem Lehrgang wirkten verschiedene bekannte Wirtschaftler und Theologen mit.

Delegiertentagung in Herten

Delegierte der Arbeiterverbände trafen sich unter Leitung des Bezirksvorsitzenden E.

Buttler in Herten zu einer Tagung. Der Vorsitzende berichtete über die in Gelsenkirchen stattgefundenen Großkundgebung und Proklamation der EAB. Ausführungen von Dr. med. Kruska über die soziale Lage der Frau waren dazu angetan, auch in den Kreisen der Arbeiterschaft ernste Besorgnisse auszulösen.

JUGENDARBEIT

Der junge Christ und die politische Entscheidung

Das sechste Jungmännerforum des Evangelischen Jungmännerwerkes Deutschlands wird vom 20. - 24. 9. in Dassel stattfinden. Im Mittelpunkt der Tagung steht das Problem, „das Gewissen des jungen Christen in den politischen Entscheidungen der Gegenwart.“ Unter Referenten und Mitarbeitern befinden sich unter anderen Reichswart D. Erich Stange, Reichssekretär Arnold Dannenmann, Dr. Werner Jentsch und Bundeswart Willi Lauk.

YMCA betreute deutsche Freiarbeiter

Seit deutsche Arbeiter freiwillig in Frankreich tätig sind, gehört ihre Betreuung zu den vornehmsten Aufgaben der CVJM/YMCA. Um die Beziehungen der Arbeiter zu ihrer Heimat nicht abreißen zu lassen, gab die YMCA „Die neue Brücke“, eine Wochenschrift, heraus, die überall starken Widerhall fand und erst jetzt nach mehr als fünfjähriger Arbeit ihr Erscheinen einstellte. Wie „Die Mitarbeit“ bereits berichtete, gibt nunmehr das deutsche Sekretariat der Gewerkschaft Force Ouvriere eine deutschsprachige Wochenschrift, den „Pariser Kurier“, heraus, der die von der „Neuen Brücke“ wahrgenommenen Aufgaben mit übernehmen will. In einem Brief brachte Albert Preuß, der Chefredakteur des „Pariser Kurier“, sein lebhaftes Bedauern über das Einstellen der „Neuen Brücke“ zum Ausdruck.

Der dritte Bundesjugendplan hat Grenzen

Bei der Sitzung der Jugendkammer in Bad Salzuflen berichtete Reichssekretär Arnold Dannenmann, daß der dritte Bundesjugendplan einstweilen nur in der gleichen Höhe wie im vergangenen Jahr genehmigt worden ist. Dies bedeutet eine empfindliche Einschränkung vor allem auf dem Gebiet für internationalen Jugendaustausch. Für den dritten Bundesjugendplan stehen zwanzig Millionen DM zur Verfügung. Davon soll 1 Million als Reserve zurückgestellt werden. 16 Millionen sollen zu Jugendwohnheimbau, Jugendherbergen und Grundausbildungslehrgängen verwandt werden. Für Altheime kommen nur Mittel aus den zu erwartenden zusätzlichen Geldern des Bundesjugendplanes infrage. Es wird angeregt, in

den Ländern Sonderausschüsse zu bilden, die die Anträge auf Mittel des Bundesjugendplanes sowie die geplanten Maßnahmen überprüfen und als Ueberwachungsorgane für die richtige Verteilung des Geldes fungieren.

Fürbitte der Jugend in Ost und West füreinander

Die Jugendkammer der EKD hat an alle jungen Gemeinden in Ost und West die Aufforderung gerichtet, in täglicher Fürbitte füreinander zu beten. „Mit großer Besorgnis“, so heißt es in der Aufforderung, „sieht die Jugendkammer die wachsende Gefahr, daß das deutsche Volk durch die politischen Maßnahmen in Ost und West völlig auseinandergerissen werde. Sie ist bewegt von der Not, die daraus vielen jungen Christen besonders im Osten erwächst. In dieser Zeit sieht sie mit Dankbarkeit, daß Jesus Christus seiner Kirche eine Gemeinschaft geschenkt hat, die unzerreißbar ist. „In der täglichen Fürbitte soll vor allem um Trost aus dem Wort Gottes, um Kraft gegen Haß, Bitterkeit und Verzweiflung und um echte Gemeinschaft untereinander gebetet werden.“

Beitrag zum gesunden Sport

Das erste Bundesturnfest des westdeutschen Jungmännerbundes (CVJM) gestaltete sich in Hagen zu einer großen Kundgebung für den gesunden Sport. Aus dem Gebiet zwischen Darmstadt und Osnabrück, von der Holländischen Grenze bis zum Eisernen Vorhang waren 1200 Jungen unter dem Turngedanken des „Eichenkreuzes“ zusammengeströmt und zeigten im Mehr- und Einzelkampf eine Leistung, die nicht nur vom Sportlichen her, sondern von der ganzen Lebenshaltung bestimmt ist. In 61 Riegen maßen sich alle Altersklassen, von den Vierzehnjährigen bis hinauf zu den Senioren über 60 Jahren, im Mehrkampf. Nur wer sich am Gemeinschaftskampf beteiligte, konnte sich für Einzelwettbewerbe qualifizieren, bei denen beachtliche Spitzenleistungen erreicht wurden. Auf einem Festakt zur Eröffnung sprachen Präses D. Wilm und Reichswart D. Stange. „Es gibt für die Christenheit“, sagte D. Wilm, „keine Geringschätzung des Leibes. Wir wollen den ganzen Menschen formen, den ganzen Menschen unter der Herrschaft Christi“. Höhepunkt und Abschluß bildete eine Kundgebung mit der Ehrung der Sieger.

Dr. Manfred Müller, Vorsitzender der AGJJ

Die Arbeitsgemeinschaft für Jugendpflege und Jugendfürsorge wählte auf ihrer Frühjahrshauptversammlung den Vorsitzenden der Jugendkammer der EKD, Dr. Manfred Müller, zum Nachfolger des wegen Krankheit zurückgetretenen Vorsitzenden Dr. Muthesius. Die Arbeitsgemeinschaft für Jugendpflege und Jugendfürsorge setzt sich aus den Vertretern der im Bundesjugendring zusammengeschlossenen Verbände und Landesjugendringe der

Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, staatlichen Behörden der Jugendpflege und Jugendfürsorge der kommunalen Spitzenverbände sowie der Fachorganisationen der Jugendwohlfahrt und Jugendförderung zusammen. Sie ist die führende Arbeitsgemeinschaft in Jugendfragen in der Bundesrepublik und arbeitet ständig in zahlreichen Fachausschüssen.

AKADEMIEN

Hausfrauen appellieren für Kinder

An den Haushaltsausschuß des Bundestages richteten die Teilnehmerinnen einer Hausfrauentagung der Evangelischen Akademie Bad Boll im Juli ein Schreiben, in dem sie um eine Erhöhung der Mittel für den Bundesjugendplan bitten. Auf diese Weise soll ermöglicht werden, den vielen westdeutschen Kindern, die zu Ferienaufenthalten in die DDR eingeladen wurden, Plätze in westdeutschen Heimen und Lagern zu sichern. Der Entschluß zu diesem Schreiben war das Ergebnis lebhafter Aussprachen im Anschluß an einen Vortrag von Akademieleiter Dr. Eberhard Müller (Bad Boll) über „Wege zur politischen Willensbildung“.

Ueber die Gleichberechtigung der Frau

Die Leiterin der Frauenarbeit im kirchlichen Außenamt in Frankfurt, Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth Schwartzhaupt, sprach in der Evangelischen Akademie Bad Boll vor den Arbeiterinnen württembergischer Firmen von der Abhängigkeit der Frau durch die gegenwärtige Rechtslage. Sie wandte sich aber zugleich gegen den Typ der Frauenrechtlerin. Die Gleichheit vor dem Recht, die im Grunde aus der Gleichheit der Menschen vor Gott resultiere, sei eine durchaus berechtigte Forderung. Zwischen Mann und Frau bestünden jedoch so fundamentale Unterschiede, die berücksichtigt werden müßten, wenn die Gleichberechtigung nicht zur Ungerechtigkeit werden solle, wie dies in der Ostzone bereits geschehen sei.

„Gleichberechtigung darf nicht mißverstanden werden als ein Kampf gegen den Mann oder um gleiches Recht mit ihm. Sie soll vielmehr eine Bemühung um eine richtige Ordnung des Zusammenlebens von Mann und Frau in dieser Welt sein“, führte die Oberkirchenrätin aus. Man könne also zusammenfassen, daß zur echten Gleichberechtigung gleiche Würde und gleiche Unabhängigkeit gehören würden, aber ebenso auch die Erkenntnis der verschiedenen Funktionen und der darauf abgestimmten Rechte.

Lehrlinge diskutierten

Auf einer Tagung für kaufmännische und technische Lehrlinge, die vom 23. bis 27. Juni in der Evangelischen Akademie Bad Boll

stattfand, hielten unter anderem Gustav Adolf Gedat und Dr. Gebhard Müller (ehemaliger Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern) Referate. Die interessierten jungen Tagungsteilnehmer diskutierten über Konsequenzen aus der gegenwärtigen Weltlage, die Aufgaben von Unternehmer und Gewerkschaft in der deutschen Wirtschaft und über praktische Demokratie. Außerdem konnten sie einen bäuerlichen Betrieb besichtigen.

Sommerurlaub in Friedewald

Die Evangelische Sozialakademie benutzte die sommerliche Pause zwischen den großen Lehrgängen dazu, ihre Freunde zu einem Erholungsaufenthalt in Friedewald einzuladen. Der Einladung war ein guter Erfolg beschieden, so daß inzwischen schon viele Werktätige mit ihren Familien auf Schloß Friedewald Ruhe und Erholung finden konnten.

„Stätte der Begegnung“ und Demokratie

Der Freundeskreis der „Stätte der Begegnung“ veranstaltete in Friedewald eine stark-besuchte Tagung, die Wege zu einer Neugestaltung der staatlichen Ordnung lebhaft diskutierte. An der Tagung nahm auch Bundestagsabgeordneter v. Thadden teil. Auf der Veranstaltung wurde die Nachbarschaftsidee und die Bildung von Selbsthilfeorganisationen lebhaft propagiert, und es kam zu heftigen, aber sachlichen Debatten zwischen Vertretern alter und neuer Ordnungen.

Arbeiter und Studenten an einem Tisch

In Fortsetzung ihres Programms großer Lehrgänge hat die Evangelische Sozialakademie Friedewald vom 2. bis zum 15. August einen Soziallehrgang für Arbeiter und Studenten vorbereitet, der unter dem Leitgedanken „Aktive Jugend kämpft um die Demokratie“ stehen wird. Der Kursus will den Kampf um Demokratie in Staat, Politik und Parteien, in Wirtschaft und Gewerkschaft, in den Universitäten, in der Kirche, in den Bemühungen zur Wiederbewaffnung, unter den Vertriebenen und Heimatlosen sowie im öffentlichen Wirkungsbereich der Frau deutlich machen. Eine große Anzahl von bekannten Persönlichkeiten aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens hat ihre Teilnahme zugesagt und wird in Referat und Korreferat vor den Teilnehmern diskutieren. Sämtliche Teilnehmer werden sich außerdem wieder nach Bonn begeben, um die Arbeit eines Ministeriums kennenzulernen.

Vom 15. bis 20. August veranstaltet die Evangelische Sozialakademie Friedewald eine Tagung für Sekretärinnen unter dem Thema „Die Sekretärin — ausführendes Organ oder schöpferische Mitarbeiterin?“ Im Rahmen der Tagung werden aktuelle Probleme der Frau im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben behandelt.

ZWIESPRACHE

Liebe Leserin, lieber Leser!

Seit unserer letzten Zwiesprache ist die Zahl der Leserstimmen auf ein erhebliches Ausmaß angewachsen. Wir werden versuchen, in der nächsten Ausgabe der „Mitarbeit“ ausführlich und zusammenfassend zu antworten. Unter den Schreiben, die uns — teils in letzter Minute — erreichten, befinden sich sehr interessante Stellungnahmen zu den verschiedensten arbeits- und sozialpolitischen Problemen — so z. B. zum Betriebsverfassungsgesetz —, die wir möglichst ungekürzt vorlegen möchten.

Durch die Zitate von Bibeltexten aus dem Neuen Testament (Züricher Bibel) und der entsprechenden Abschnitte und Paragraphen aus Grundgesetz und Bürgerlichem Gesetzbuch hat der grundsätzliche Artikel von Frau OKR Schwartzhaupt einen sehr großen Umfang angenommen. Wir glauben jedoch, diesen ungewöhnlich breiten Raum mit Recht freigehalten zu haben, da wir auf diese Weise in der Lage sind, unseren Lesern einen Gesamtüberblick über die rechtlichen und theologischen Quellen der Auseinandersetzung zu bieten, so daß sie sich weiteres Quellenstudium weitgehend ersparen können.

Auch der Leitartikel, „Zivilcourage und Brüderlichkeit“, beansprucht mehr Raum, als es sonst an dieser Stelle üblich ist. Eine noch kürzere Behandlung des an und für sich schon recht verwickelten und delikaten Problems jedoch, hätte die ohnehin schon bedeutende Gefahr von Mißverständnissen auf ein nicht mehr vertretbares Maß gesteigert.

In nächster Zeit beabsichtigt „Die Mitarbeit“ eine Werbeaktion durchzuführen, um den Kreis ihrer Leser noch mehr zu vergrößern. Und zwar ist daran gedacht, an tüchtige Werber Bücher nach eigener Wahl zu verteilen. Als Preise sind Werke sozialpolitischen Inhalts vorgesehen, die dem Interessierten bei seiner Arbeit im Betrieb und der Öffentlichkeit weiterhelfen sollen. Näheres werden wir in unserem nächsten Heft mitteilen.

Wir möchten alle unsere Leser, die ihren Bezugspreis noch nicht entrichtet haben, nochmals herzlich bitten, mit Postanweisung die Gebühren für die Monate Mai — September, also 1,75 zuzüglich 18 Pfennig Porto, auf unser Konto einzuzahlen. Bitte den Vermerk „Bezugsgebühren“ nicht vergessen! (28 995 Postscheckamt Köln, Volksbank Daaden/Sieg, für Konto Nr. 2010 „Die Mitarbeit“).

Damit verabschieden wir uns bis zum nächsten Mal.

Die Redaktion

DIE MITARBEIT
MONATSHEFTE DER
AKTION EVANGELISCHER ARBEITER

Herausgegeben im Auftrag der Evangelischen
Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen
von Gerhard Heilfurth.

Anschrift der Redaktion: Evangelische Sozialakademie Friedewald über Betzdorf/Sieg.
Druck: Buchdruckerei Wilh. Dieckmann, Altenkirchen (Westerwald).

Ernst Benz

„Wichern und der Sozialismus“

48 Seiten broschiert DM 1.—

Die Schrift von Benz besitzt in unseren Tagen, wo die Frage: Sozialismus und christliche Kirche drängender denn je zur Entscheidung herausfordert, eine unmittelbar praktische Bedeutung.

Emil Brunner

„Das Mißverständnis der Kirche“

144 Seiten englisch broschiert DM 7.—

Dies in hinreißender Sprache geschriebene Buch ist von außerordentlicher Bedeutung für unsere Gegenwart. Es wird überall in der Welt eine große Auseinandersetzung hervorrufen, da es den Kampf aufnimmt gegen Klerikalismus und Konfessionalismus und die Kirchen aufruft, aus einer bloßen Organisation sich umzuwandeln in wahre Gemeinden Christi. Vielen wird beim Lesen dieser Schrift des bedeutenden Zürcher Theologen erst aufgehen, was eigentlich Christus mit der Schöpfung seiner Kirche beabsichtigte.

J. H. Oldham

„Die Arbeit in der modernen Welt“

90 Seiten, englisch broschiert DM 2.—

Die Welt verlangt nach einem in besonders dringender Weise: Die Befriedung der menschlichen Gesellschaft von der Arbeit her! Die verschiedenen ökonomischen, sozialen und psychologischen Aspekte der Frage werden mit einer seltenen Klarheit dargestellt. Außerdem bietet das Werk einen ausgezeichneten Überblick über den Stand der Bemühungen in theoretisch-praktischer Hinsicht, so wie er in den letzten Jahren in Zusammenarbeit mit namhaften Forschern und Praktikern gewonnen wurde.

EVANGELISCHES VERLAGSWERK STUTTGART GMBH.

ZWIESPRACHE

Liebe Leserin, lieber Leser!

Seit unserer letzten Zwiesprache ist die Zahl der Leserstimmen auf ein erhebliches Ausmaß angewachsen. Wir werden versuchen, in der nächsten Ausgabe der „Mitarbeit“ ausführlich und zusammenfassend zu antworten. Unter den Schreiben, die uns — teils in letzter Minute — erreichten, befinden sich sehr interessante Stellungnahmen zu den verschiedensten arbeits- und sozialpolitischen Problemen — so z. B. zum Betriebsverfassungsgesetz —, die wir möglichst ungekürzt vorlegen möchten.

Durch die Zitate von Bibeltexten aus dem Neuen Testament (Züricher Bibel) und der entsprechenden Abschnitte und Paragraphen aus Grundgesetz und Bürgerlichem Gesetzbuch hat der grundsätzliche Artikel von Frau OKR Schwartzhaupt einen sehr großen Umfang angenommen. Wir glauben jedoch, diesen ungewöhnlich breiten Raum mit Recht freigehalten zu haben, da wir auf diese Weise in der Lage sind, unseren Lesern einen Gesamtüberblick über die rechtlichen und theologischen Quellen der Auseinandersetzung zu bieten, so daß sie sich weiteres Quellenstudium weitgehend ersparen können.

Auch der Leitartikel, „Zivilcourage und Brüderlichkeit“, beansprucht mehr Raum, als es sonst an dieser Stelle üblich ist. Eine noch kürzere Behandlung des an und für sich schon recht verwickelten und delikaten Problems jedoch hätte die ohnehin schon bedeutende Gefahr von Mißverständnissen auf ein nicht mehr vertretbares Maß gesteigert.

In nächster Zeit beabsichtigt „Die Mitarbeit“ eine Werbeaktion durchzuführen, um den Kreis ihrer Leser noch mehr zu vergrößern. Und zwar ist daran gedacht, an tüchtige Werber Bücher nach eigener Wahl zu verteilen. Als Preise sind Werke sozialpolitischen Inhalts vorgesehen, die dem Interessierten bei seiner Arbeit im Betrieb und der Öffentlichkeit weiterhelfen sollen. Näheres werden wir in unserem nächsten Heft mitteilen.

Wir möchten alle unsere Leser, die ihren Bezugspreis noch nicht entrichtet haben, nochmals herzlich bitten, mit Postanweisung die Gebühren für die Monate Mai — September, also 1,75 zuzüglich 18 Pfennig Porto, auf unser Konto einzuzahlen. Bitte den Vermerk „Bezugsgebühren“ nicht vergessen! (28 995 Postscheckamt Köln, Volksbank Daaden/Sieg, für Konto Nr. 2010 „Die Mitarbeit“).

Damit verabschieden wir uns bis zum nächsten Mal.

Die Redaktion

DIE MITARBEIT
MONATSHEFTE DER
AKTION EVANGELISCHER ARBEITER

Herausgegeben im Auftrag der Evangelischen
Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen
von Gerhard Heilfurth.

Anschrift der Redaktion: Evangelische Sozialakademie Friedewald über Betzdorf/Sieg.
Druck: Buchdruckerei Wilh. Dieckmann, Altenkirchen (Westerwald).

Ernst Benz

„Wichern und der Sozialismus“

48 Seiten broschiert DM 1.—

Die Schrift von Benz besitzt in unseren Tagen, wo die Frage: Sozialismus und christliche Kirche drängender denn je zur Entscheidung herausfordert, eine unmittelbar praktische Bedeutung.

Emil Brunner

„Das Mißverständnis der Kirche“

144 Seiten englisch broschiert DM 7.—

Dies in hinreißender Sprache geschriebene Buch ist von außerordentlicher Bedeutung für unsere Gegenwart. Es wird überall in der Welt eine große Auseinandersetzung hervorrufen, da es den Kampf aufnimmt gegen Klerikalismus und Konfessionalismus und die Kirchen aufruft, aus einer bloßen Organisation sich umzuwandeln in wahre Gemeinden Christi. Vielen wird beim Lesen dieser Schrift des bedeutenden Zürcher Theologen erst aufgehen, was eigentlich Christus mit der Schöpfung seiner Kirche beabsichtigte.

J. H. Oldham

„Die Arbeit in der modernen Welt“

90 Seiten, englisch broschiert DM 2.—

Die Welt verlangt nach einem in besonders dringender Weise: Die Befriedung der menschlichen Gesellschaft von der Arbeit her! Die verschiedenen ökonomischen, sozialen und psychologischen Aspekte der Frage werden mit einer seltenen Klarheit dargestellt. Außerdem bietet das Werk einen ausgezeichneten Überblick über den Stand der Bemühungen in theoretisch-praktischer Hinsicht, so wie er in den letzten Jahren in Zusammenarbeit mit namhaften Forschern und Praktikern gewonnen wurde.

EVANGELISCHES VERLAGSWERK STUTTGART GMBH.

